

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Montag, 15. Juni 2020 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Alessandro Della Vedova
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Thöny, von Ballmoos
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsident Della Vedova: Nehmen Sie bitte Platz. Seit der letzten Session im Februar ist viel passiert: Graubünden, die Schweiz, Europa und wir alle sind unvermittelt in eine Krise gerutscht, auf die man sich zwar vorbereitet hatte, ihren Verlauf und ihre Folgen aber dennoch nicht absehen konnte und noch immer nicht kann. War in den ersten Wochen die Verunsicherung über die Gesundheitsfolgen gross, beschäftigen uns heute vor allem die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. In unserer schnelllebigen Zeit sind die Kranken und die Verstorbenen bereits aus den Schlagzeilen verschwunden. Deshalb möchte ich zuallererst unsere Verstorbenen ehren. Ich bitte Sie alle, sich für eine Schweigeminute zu erheben. Ich danke Ihnen. Im Namen der Bündner Bevölkerung und der Bündner Institutionen spreche ich erneut meinen herzlichen Dank an all diejenigen aus, die dieser Pandemie für uns alle und mit unermüdlicher Selbstaufopferung begegnet sind: Den Ärzten, dem Pflege- und gesamten medizinischen Personal, den Betreuerinnen und Betreuer und auch Angehörigen und Freunden, die in der Pandemie denen persönlich beigestanden haben, die aus verschiedenen Gründen Hilfe gebraucht haben und noch immer brauchen.

Noss engraziament meritan er tut quellas e quels che han tegnì e che tegnan en funcziun noss provediment cun victualias e cun chaussas dal basegn quotidian, noss servetschs e tut las activitads essenzialas: las forzas da segirezza, la schuldada, las personas en servetsch da protecziun civila, las postinas ed ils postins, las personas d'instrucziun, las collavuraturas ed ils collavurators dal traffic public, da l'administraziun publica ed uschia vinavan. Ellas ed els tuts han furnì ina prestaziun enorma cun tegnair sidretg il sistem. Il sistem che nus tuts consideravan adina sco chaussa natirala.

Ich kann und will auch diejenigen nicht vergessen, die ihre Dienstleistungen gerne angeboten hätten, aber nicht mehr durften. Ich denke z.B. an die Hotellerie, die Gast-

ronomie, unzählige Läden, die Bergbahnen und an die lange Wertschöpfungskette in unserem Tourismus. Und ich möchte nicht zuletzt der Bevölkerung danken. Die Aufopferung, die die vom Bundesrat und von unserer Regierung angeordneten Massnahmen von uns allen verlangt, wurden mit grossem Sinn für Selbstverantwortung akzeptiert. Ohne diese Selbstverantwortung wären alle Anordnungen Papier, das keine Wirkung hat. Als Standespräsident ging und gehe ich während der Krise in alle Regionen des Kantons. Ich besuche Unternehmen, Institutionen und Vereine und verschaffe mir da einen Eindruck über die Menschen. Ich höre viel von Sorgen, spüre aber gleichzeitig auch den Willen, das eigene Schicksal an die Hand zu nehmen und es weiterhin selbst zu bestimmen. Graubünden lässt den Kopf nicht hängen. Graubünden schaut vorwärts. Die Pandemie hat die Rahmenbedingungen für unser Leben und unser Wirtschaften auf den Kopf gestellt. Vieles, was zuvor über Generationen gelernt, gewohnt und einfach war, ist nun plötzlich sehr vielfältig und komplex. Wir leben in einem reichen und fast perfekt funktionierenden Land, in einer Blase aus Wohlstand und Sicherheit. Sie gibt uns das Gefühl, immun zu sein für die Probleme, mit denen viele andere Länder tagtäglich kämpfen. Aber die Blase ist fragil. Das hat uns die Pandemie gezeigt. Nutzen wir diese Ereignisse, um zu lernen und auch unsere Lebens- und Wirtschaftsmodelle zu hinterfragen.

In der Politik mussten wir uns schlagartig an ein System gewöhnen, das den meisten von uns zum Glück komplett unbekannt war: das Notrecht. Die Exekutive entschied rasch und weitreichend, vorerst ohne auf eine parlamentarische Zustimmung zu warten. Der Kanton und die Gemeinden mussten dezidiert umsetzen, was der Bund uns vorgab und dennoch flexibel bleiben für die unterschiedlichen Bedürfnisse in den verschiedenen Kantons- teilen, Bevölkerungsgruppen und Branchen. Diese Situation war für alle neu und alles andere als einfach. Das beherzte Vorgehen des Bundesrats und der Kantonsregierungen hat gut funktioniert, aber es hat auch Fragen nach der Verhältnismässigkeit und der Gesetzmässigkeit der einzelnen Massnahmen aufgeworfen. Wir haben nun die Aufgabe, die Tätigkeit und die Massnahmen der

Regierung zu diskutieren und Entscheide dazu zu fällen. Das ist sehr wichtig, denn die Annahme, die Parlamente hätten die Notmassnahmen ihrer Exekutiven nur lediglich durchzuwinken, ist falsch. Als Volksvertreterinnen und -vertreter haben wir die Pflicht, die Tätigkeit der Regierung zu hinterfragen. Nur so können wir, und auch die Bevölkerung, die Basis bilden für das so wichtige Vertrauen in die bisherige und künftige Tätigkeit unserer Regierung.

Schon vor der Beratung ist es mir aber ein Anliegen, der Regierung und ihren Mitarbeitenden, dem Führungsstab, der ganzen kantonalen Verwaltung sowie den Regionen und Gemeinden herzlich zu danken. Sie alle haben eine grosse Flexibilität, Kompetenz und unermüdlichen Einsatz gezeigt. Die Wahrnehmung zur Coronakrise und zum Vorgehen des Bundes und des Kantons war und ist nicht in allen Regionen unseres Kantons die gleiche. Nicht alle Gegenden waren gleich betroffen, und da und dort gab es aus Sicht der Betroffenen verständliche Kritik. Unterschiede traten zu Tage vor allem zwischen Norden und Süden. Letztlich behielten aber dann die ausgleichenden Kräfte die Oberhand und liessen Lösungen zu, mit denen alle leben konnten und mussten.

L'estensione, la topografia, le tre culture e la posizione geografica sono delle qualità ma anche delle sfide per il nostro Cantone di confine. I Grigioni svolgono una funzione di ponte tra nord e sud, sono però al contempo anche un'entità molto eterogenea. Uno degli insegnamenti tratti dalla crisi legata al coronavirus è probabilmente l'importanza rimasta intatta delle differenze del nostro Cantone. Occorre rispettarle, indipendentemente dalla dimensione delle sfide e contingenti che si trova ad affrontare sul momento.

Die Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden werden uns erhalten bleiben oder gar noch zunehmen, denn der Druck aus dem Süden auf unseren Kanton wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. Die künftigen Herausforderungen für Graubünden werden aus dem Süden kommen, denn die südlichen Länder Europas leiden unter einer besonderen Krise. Sie zu ignorieren wäre töricht. Die Coronakrise hat gezeigt, wie schnell es auch um unsere Stabilität geschehen sein kann. Auch bei uns gilt: Ein Staat allein kann nicht alles richten.

Per i Grigioni i rapporti con il Ticino e con la Lombardia quale regione confinante sono sempre stati importanti e lo diventeranno sempre più. Alla lingua italiana deve essere attribuita maggiore importanza nel nostro Cantone. Mi sono prefisso l'obiettivo di impegnarmi particolarmente a questo scopo anche dopo il mio anno di presidenza.

Zum Schluss noch eine Überlegung wirtschaftlicher Natur. Die Regierung hat in diesen Wochen viele Millionen Franken gesprochen. Das ist gut so, denn es zeigt Stärke. Graubünden braucht diese Stärke, denn viele Unternehmen und zahlreiche Menschen werden nicht einfach mit einem blauen Auge aus der Krise kommen. Es fragt sich, ob es nicht sinnvoll wäre, auch für die Wirtschaft einen Führungsstab einzusetzen, um das Ganze besser und umfassender zu koordinieren und mehr herauszuholen, denn die drohende Armut von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bekämpfen wir nicht nachhaltig, indem wir regelmässig Subventionen spre-

chen, die Leute abhängig machen. Besser wäre es, sich für eine funktionierende und gerechtere Wirtschaft einzusetzen. Den ärmeren und exponierten Schichten unserer Bevölkerung helfen wir nur, wenn wir Arbeitsplätze schaffen, die gerechte Löhne gewährleisten. Das sehe ich nicht zuletzt als Geschäftsleiter einer Hilfsorganisation, die sich auch in unserem Kanton jeden Tag mit Armut und all ihren Facetten beschäftigt. Nur gemeinsam können wir die Coronakrise bewältigen. Meine Damen und Herren, die Junisession des Grossen Rats ist eröffnet. *Applaus.* Wir kommen zu einer Totenehrung.

Totenehrung

Standespräsident Della Vedova: Il 19 marzo 2020, all'età di 83 anni è deceduto Bernardo Lardi. Nacque il 6 settembre 1936 e crebbe a Le Prese, assieme a 11 sorelle e fratelli, in una famiglia di panettieri. Dopo aver conseguito la maturità nel 1957, studiò giurisprudenza a Zurigo, dove conseguì la licenza e il dottorato ottenendo il titolo di Dr. iur. Dal 1965 al 1971 Bernardo Lardi coprì la funzione di giudice istruttore a Coira e a Samedan. In seguito gestì uno studio legale e notarile a Samedan e a Poschiavo. In quegli anni sposò Angela Lazzarini con cui ebbe quattro figli. Bernardo Lardi iniziò la sua carriera politica entrando a far parte della Giunta comunale di Poschiavo, che presedette come Podestà dal 1972 al 1976. Nel 1971 fu eletto granconsigliere dalla popolazione del Circolo di Poschiavo, carica che mantenne fino alla sua elezione a Consigliere di Stato nel 1979. Fino al 1986 Bernardo Lardi fu direttore del Dipartimento di giustizia e polizia. Nel 1983 fu presidente del Governo. Una volta terminato il periodo di carica, Bernardo Lardi lavorò di nuovo come avvocato e notaio a Coira. Per tutta la vita il defunto si adoperò a livello politico e sociale a favore degli interessi dei Grigioni e della Valposchiavo. Fu membro tra l'altro del consiglio di sorveglianza dell'allora RTSI, nonché del consiglio d'amministrazione della Ferrovia retica e delle Ferrovie federali svizzere. Nel 1989 Bernardo Lardi, il cui interesse oltre che alla politica e al diritto era rivolto anche all'arte e alla cultura, fu nominato membro onorario della Pro Grigioni Italiano, grazie al suo impegno a favore del Grigioni italiano. L'opera del defunto a favore della comunità fu caratterizzata da grande avvedutezza e disponibilità. Per molti anni si impegnò in modo encomiabile per il suo luogo natio e per il cantone dei Grigioni. Di questo lo ringraziamo sentitamente in questa sede. Vi invito, gentili signore ed egregi signori e voi tutti i presenti sulla tribuna, ad alzarvi in segno di omaggio al defunto. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren sowie die Medien auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Besten Dank. Wir kommen zur Vereidigung.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsident Della Vedova: Ich bitte die Grossratsstellvertreterinnen und -stellvertreter, welche heute zum ersten Mal an einer Session teilnehmen, sich nach vorne zu begeben sowie die Ratsmitglieder und die Medienvertreter auf der Galerie, sich von ihren Sitzen zu erheben. Prego i supplenti granconsiglieri che prendono parte per la prima volta a una sessione del Gran Consiglio di avvicinarsi al palco. Se sono informato correttamente, abbiamo un solo supplente proveniente dalla Mesolcina che non ha ancora partecipato a una sessione del Gran Consiglio, trattasi del granconsigliere supplente Simone Giudicetti. La formula della promessa solenne è la seguente: Lei, eletto quale membro del Gran Consiglio, promette di adempiere tutti i doveri del suo ufficio secondo scienza e coscienza. Dica: «Lo prometto». Grazie, può tornare al suo posto. Danke, Sie dürfen sich setzen.

Informationen des Standespräsidenten zur Junisession 2020

Standespräsident Della Vedova: Und nun einige Informationen betreffend Einhaltung der Hygienemassnahmen während der Junisession. Die COVID-Pandemie hat unser Leben in den vergangenen Monaten stark geprägt. Da sage ich nichts Neues. So steht auch diese Session ganz im Zeichen dieser Bedrohung. Auch wenn inzwischen einige Lockerungen erfolgen konnten und unser Leben wieder in gewohnteren Bahnen verläuft, ist es wichtig, dass wir uns im Rahmen dieser Session unserer Verantwortung bewusst sind, dies als Menschen, die gesund bleiben möchten einerseits, andererseits aber auch als Vorbilder für die gesamte Bevölkerung des Kantons. Seit dem 6. Juni 2020 sind gemäss Entscheid des Bundesrates Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen grundsätzlich wieder erlaubt. Da aber die Hygiene- und Abstandsvorschriften weiterhin einzuhalten sind und ein Schutzkonzept Pflicht ist, musste am Veranstaltungsort sowie an den festgelegten Massnahmen festgehalten werden. Es ist mir nun ein wichtiges Anliegen, nochmals auf die wichtigsten Verhaltensregeln und Besonderheiten in den Abläufen hinzuweisen, bevor wir mit der eigentlichen Session beginnen.

Ausgangspunkt sämtlicher Massnahmen ist die Abstandsregel. Halten Sie den Mindestabstand von zwei Metern zueinander und zu allen anderen Anwesenden ein. Vermeiden Sie die Bildung von Gruppen. Nutzen Sie zudem bitte fleissig die überall im Gebäude platzierten Desinfektionsständer sowie dort, wo vorhanden, die bereitgelegten Schutzhandschuhe. Der Zugang zur Stadthalle erfolgt durch einen separaten Eingang und Ausgang. Für den Zugang zu Ihren Plätzen im Ratssaal benutzen Sie bitte den jeweils nächsten Durchgang. Der zweite Stuhl an Ihrem Platz ist als Ablagefläche für Kleidung oder Taschen gedacht. Bleiben Sie während den Sitzungen, wenn möglich an Ihrem Platz und beschränken Sie ganz allgemein Ihren Bewegungsradius auf das Nötige. Als Aufgang zur Galerie, wo Stehtische

für die Pausen aufgestellt sind, dient die Treppe zu meiner Linken. Die andere Treppe rechts von mir ist als Abgangstreppe gedacht. Der Gang zwischen den beiden Galerien ist aus meiner Sicht von links nach rechts einseitig geführt. Im als Restaurant bezeichneten Raum hinten zu meiner Linken befinden sich Arbeitstische sowie zwei Computerarbeitsplätze zu Ihrer freien Verwendung. Bei der Benutzung der drei WC-Anlagen bitte ich Sie, Warteschlangen oder Grüppchen in engen Vorräumen zu vermeiden. Für die Pausenverpflegungen werden im Gang zu meiner Linken hinter den Vorhängen zwei einseitig geführte Fässstrassen eingerichtet, die Sie über Durchgänge jeweils am Ende des Ganges erreichen. Die Einreichung von Anträgen hat schriftlich per Mail an ratssekretariat@staka.gr.ch zu erfolgen. Das Vorgehen bei parlamentarischen Vorstössen ist gänzlich elektronisch und richtet sich nach der Ihnen zugestellten Anleitung. In diesem Zusammenhang haben Sie gesehen, dass einige Vorstösse schon unterwegs sind. Lassen Sie mich diesen Appell schliessen mit dem Hinweis, dass ungeachtet sämtlicher Vorgaben und Massnahmen unser eigenverantwortliches diszipliniertes Verhalten im Mittelpunkt steht. Wir haben es alle selbst in der Hand, gesund zu bleiben.

Als Nächstes habe ich noch ein paar Informationen zur Benutzung der Mikrofone für Sie. Anders als im Grossratsgebäude können Sie sich nicht per Knopfdruck für eine Wortmeldung anmelden. Sie müssen sich mit Handzeichen bemerkbar machen, und wenn Sie das Wort erteilt erhalten, Ihr Mikrofon selbst einschalten. Ob das Mikrofon offen ist sehen Sie, wenn die Taste rot leuchtet. Bitte sprechen Sie in gerader Haltung ins Mikrofon. Sobald Sie den Kopf nach links oder rechts drehen, leidet die Tonqualität. Wenn Sie Ihr Votum beendet haben, bitte ich Sie, Ihr Mikrofon wieder auszuschalten. Ich kann das von hier vorne nicht für Sie übernehmen. Also, bitte schalten Sie Ihr Mikrofon selbst wieder aus. Und als letzte Information hierzu: Die Anlage ist so eingestellt, dass nur zwei Mikrofone gleichzeitig eingeschaltet sein können. Das verhindert, dass zu viele Nebengeräusche aufgezeichnet werden. Besten Dank.

Und bevor wir nun zu den Sachgeschäften schreiten, möchte ich Sie noch auf drei weitere COVID-19 unabhängige Premieren aufmerksam machen. Erstens ist die Junisession die erste Session, für die sich Patrick Barandun als Leiter des Ratssekretariats verantwortlich zeigt. Ebenfalls eine Premiere ist diese Session für Patrick's Sitznachbarn, dem neuen Mitarbeiter des Ratssekretariats Gian-Reto Meier-Gort. Und zu guter Letzt haben Sie im Foyer vielleicht schon festgestellt, dass mit Renate Haupts eine neue Weibelin für den reibungslosen Betrieb während der Session besorgt ist. Wir wünschen allen dreien eine erfolgreiche Premiere und viel Erfüllung und Freude in ihrer Tätigkeit. Somit starten wir in die heutige Ratsdebatte. Bevor wir so richtig losgehen, ist natürlich Tenuererleichterung gewährt.

COVID-19: Information durch die Regierung

Standespräsident Della Vedova: Wir beginnen mit der Thematik Coronavirus. Da das Thema sehr breit und vielfältig ist, hat die Präsidentenkonferenz entschieden, der Regierung die Möglichkeit zu geben, einleitend eine Auslegeordnung zu machen. Nach diesem ersten Einblick eröffnen wir die Diskussion. Hier können natürlich Fragen gestellt werden. Diese werden gesammelt und alle am Schluss der Debatte von Seiten der Regierung beantwortet. Nachfragen sind selbstverständlich möglich. Entschieden wird in dieser ersten Runde nichts. In einer zweiten Runde behandeln wir die von der Regierung erlassenen Notverordnungen. Diese werden einzeln beraten nach dem üblichen Vorgehen, d.h. Eintreten debattieren, Eintreten beschliessen, Beratung, Abstimmung. In einer dritten Runde beraten wir die Nachtragskredite. In einer vierten Runde erfolgt die Fragenstunde. Hier werden nur Fragen beantwortet, die mit dem Coronavirus zu tun haben. Die Fragenstunde für allgemeine Themen erfolgt später und separat. Die Präsidentenkonferenz hat keine Einschränkung beschlossen in Bezug auf die Anzahl Votanten pro Fraktion und die Redezeit. Somit gelten die üblichen Regeln der Geschäftsordnung. Wir sind uns aber alle bewusst, dass diese Junisession ein Marathon sein wird. Darum bin ich mir sicher, dass wir uns alle auf das Wesentliche konzentrieren werden. Gibt es Fragen zum Vorgehen, bevor wir losgehen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit starten wir mit der Auslegeordnung von Seiten der Regierung in dieser Reihenfolge: Zuerst erteile ich das Wort dem Regierungspräsidenten Dr. Christian Rathgeb, Vorsteher des Departements für Finanzen und Gemeinden, dann dem Regierungsvizepräsidenten Dr. Mario Cavigelli, Vorsteher des Departements für Infrastruktur, Energie und Mobilität. Dem Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Soziales, Regierungsrat Marcus Caduff, dem Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, Regierungsrat Peter Peyer und dem Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements Dr. Jon Domenic Parolini. Herr Regierungspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Rathgeb: Die letzten Monate waren im wahrsten Sinne des Wortes ausserordentlich. Meldungen von guten Finanzlagen, von positiven Jahresabschlüssen, wirtschaftlichem Aufschwung, von niedrigen Arbeitslosenzahlen und rundum erfreulichen Perspektiven gingen abrupt in düstere und negative Vorhersagen über. Wie stark Graubünden und die Schweiz in einem globalen System eingebunden sind, wurde uns deutlich vor Augen geführt. Innert kürzester Zeit hat das neue Coronavirus unser Leben verändert und unsere Vorstellung von Normalität, von öffentlichem Leben und von sozialem Miteinander stark auf die Probe gestellt. Zum Schutz besonders gefährdeter Personen sowie zur Sicherstellung der Kapazitäten der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung wurden einschneidende Massnahmen erlassen, die unseren Alltag stark geprägt haben. So mussten Geschäfte und Schulen geschlossen werden. Die Mobilität wurde eingeschränkt. Wir alle standen vor

einer Situation, wie wir sie so noch nie erlebt haben, für viele eine Situation voller Fragen, Sorgen und Ängste.

Der Schutz unserer Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitsversorgungssystems hatte immer oberste Priorität. So haben wir bereits früh eine Vorreiterrolle übernommen und am 13. März die ausserordentliche Lage ausgerufen, drei Tage vor dem Bund. Die Krise hat uns aufgezeigt, dass der Kanton Graubünden gut vorbereitet war. Wir verfügen über eines der schweizweit modernsten Bevölkerungsschutzgesetze, eine gesamtantonale Gefährdungsanalyse, eine moderne Isolationsstation im Kantonsspital, die als Pandemiestation diente und wir haben Erfahrungen mit regionalen ausserordentlichen Lagen. Zudem zeigte sich, dass unser dezentral aufgestelltes Gesundheitswesen gut aufgestellt ist. An dieser Stelle danke ich namens der Regierung unserer Bevölkerung, die durch ihre Disziplin in der Umsetzung der bundesrechtlichen und der kantonalen Vorgaben entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Pandemie nicht mehr Opfer, wie in anderen Ländern, gefordert hat. Unser Dank gilt aber auch der ganzen Führungsorganisation im Kanton mit dem kantonalen Führungstab an der Spitze und den Gemeinden mit den kommunalen Führungsstäben, der gesamten Verwaltung sowie allen Partnern, die uns in der ausserordentlichen Lage unterstützt haben. Der Verwaltungsbetrieb wurde auch während der Coronakrise aufrechterhalten, hatte allerdings plötzlich wesentliche zusätzliche Herausforderungen zu meistern. Innert kürzester Zeit wurde die Verwaltung, wo möglich, auf Homeoffice umgestellt. Der kantonale Führungstab wurde implementiert, worauf interne Schnittstellen und Prozesse zwischen Verwaltungs- und Führungsorganisation eruiert und definiert werden mussten. Eine transparente Kommunikation war ein grosses Anliegen, um den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung entgegenzuwirken und dem Informationsbedürfnis der Medien gerecht zu werden. Die zentrale Kommunikationsstelle Coronavirus mit einer synchronisierten und koordinierten Information gegen innen und aussen hat sich bewährt. Die Kommunikation in drei Sprachen war eine zusätzliche Herausforderung. Die Aufbereitung und Übersetzung der Inhalte in alle drei Landessprachen war von grosser Bedeutung, vorneweg für unsere Südtäler. Die stufenweise Lockerung des Bundes führte oft zu Abgrenzungsproblemen, sodass die Rechtsunsicherheit bei Bevölkerung und Unternehmungen immer grösser wurde und wir mit erheblichem Mehraufwand konfrontiert waren. Oftmals blieb nur wenig Vorlaufzeit für die Umsetzung der Weisungen des Bundes, so z.B. bei der Erstellung und Implementierung der Schutzkonzepte.

Im Zusammenhang mit dem Coronavirus hat die Regierung 57 Regierungsbeschlüsse erlassen, davon basierten zwölf auf Notrecht. Bei finanzrelevanten Beschlüssen war die GPK stets involviert. Nun, der Bund kehrt am 19. Juni von der ausserordentlichen Lage zur besonderen Lage nach Epidemien gesetz zurück. Aufgrund der positiven Entwicklung hat die Regierung die Rückkehr zur normalen Lage beschlossen. So gelten ab dem 19. Juni wieder die ordentlichen Prozesse. Nach einer solchen Krise ist es wichtig, Rückschau zu halten. Dieser Aufgabe hat sich der kantonale Führungstab zusammen mit

einer neutralen externen Unternehmung bereits angenommen. Das Optimierungspotenzial wird sich in der Nachbearbeitung der Krise zeigen. Es gab allerdings auch schon während der Krise eine kontinuierliche Optimierung der Abläufe. Gerne möchte ich nun noch einige Ausführungen, welche das Departement für Finanzen und Gemeinden betreffen, machen. Wir gehen davon aus, dass auch der Kanton Graubünden wegen der Coronakrise nicht von einer Rezession verschont bleiben wird. Der Einbruch des Wirtschaftslebens auf dem Kantonsgebiet hat seine Spuren hinterlassen. Die ökonomischen Auswirkungen können zum jetzigen Zeitpunkt nur teilweise eingeschätzt werden. Es gibt aktuell noch zu viele Ungewissheiten, um z.B. eine zuverlässige Schätzung der regionalwirtschaftlichen Kennzahlen Bruttoinlandsprodukt, Erwerbstätigkeit, Wertschöpfung und weitere für das ganze 2020 vorzunehmen. Dies hängt nicht zuletzt auch von der Dauer der vom Bundesrat verordneten Einschränkungen sowie der Wiederbelebung der kantonalen Konjunktur in den nächsten Monaten ab. Was heisst das nun für die Finanzsituation des Kantons? Der Kanton Graubünden präsentierte sich bekanntlich vor dem Ausbruch der Coronakrise finanziell in einer soliden Situation. Mit der Krise ist der Finanzhaushalt stark unter Druck geraten. Der Kanton musste unter Notrecht schnell handeln, um der Wirtschaft und der Bevölkerung unter die Arme zu greifen. Deshalb wurden in den letzten Wochen zahlreiche Massnahmen zur finanziellen Unterstützung stark betroffener Branchen getroffen. Es handelt sich dabei nebst dem Härtefallfond auch um Sport- und Kulturförderung, Beiträge an Spitäler für gemeinwirtschaftliche Leistungen und Einnahmeausfälle sowie Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung. Zusätzlich mussten weitere Ressourcen, Personalschutzmaterial und Weiteres zur Bewältigung der Krise bereitgestellt werden. Gesamthaft dürfte dies gemäss Hochrechnung eine finanzielle Belastung der Kantonskasse von rund 85 Millionen Franken ausmachen. Dabei noch nicht berücksichtigt ist die Rechnungswirksamkeit der Solidarbürgschaften in der Höhe von 80 Millionen Franken. Letztere werden allerdings erst dann zu Buche schlagen, wenn sie tatsächlich beansprucht werden.

Wir gehen davon aus, dass wir das Jahr 2020 mit einem Defizit abschliessen werden. Die ergriffenen Massnahmen zur Bewältigung der Coronakrise werden den kantonalen Finanzhaushalt allerdings nicht nur im Jahre 2020 belasten. Hinzu kommen die Steuerausfälle infolge der weitgehend stillgelegten Bündner Wirtschaft. Eine Abflachung der Steuererträge wird deshalb für das laufende Steuerjahr erwartet, aber sie ist nicht sofort rechnerisch wirksam. Da die Steuererhebung noch auf den Einkommen und Gewinnen des Steuerjahres 2019 erfolgt, wird sich die Coronakrise rechnerisch verzögert niederschlagen, d.h. nicht vollständig in der Jahresrechnung 2020, sondern insbesondere in derjenigen des Jahres 2021. Für zuverlässige Berechnungen zu den steuerlichen Einbussen ist es momentan noch zu früh.

Ein Wort noch zum Homeoffice. Seit dem 16. März 2020 wurde in der kantonalen Verwaltung durch die Regierung, Zitat «wo immer möglich und sinnvoll», Homeoffice angeordnet. Viele Dienststellen arbeiteten

während der Corona-Bewältigung seither mehrheitlich oder teilweise im Homeoffice. In der kantonalen Verwaltung sind über 1000 mobile Geräte im Einsatz, und seit der Corona-Bewältigung wurden rund 1100 zusätzliche Remote-Zugriffe mit den privaten PCs eingerichtet. Zirka 2520 Mitarbeitende haben technisch die Möglichkeit, aus dem Homeoffice zu arbeiten. Gleichzeitig nutzen jeweils etwas über 1000 Mitarbeitende täglich Homeoffice. Die vom Amt für Informatik bereitgestellte Infrastruktur läuft und lief über die ganze Periode hinweg problemlos. Viele Verwaltungseinheiten konnten die Schlüsselprozesse rasch digitalisieren, sodass ein fast papierloses Homeoffice möglich wurde. Nach den ersten Lockerungsschritten des Bundesrats nutzten Mitte Mai noch zirka 500 Mitarbeitende den Zugriff aus dem Homeoffice. Die Anordnung von Homeoffice wurde am 5. Juni dieses Jahres aufgehoben und durch folgende ersetzt: In der kantonalen Verwaltung soll, wo möglich und sinnvoll, Homeoffice ermöglicht werden, solange dies vom Bundesrat empfohlen wird.

Ich gebe nun das Wort meinem Regierungskollegen Mario Cavigelli weiter.

Regierungsrat Cavigelli: Ich möchte zum öffentlichen Verkehr sprechen, zu den Baustellen, der Bautätigkeit des Kantons, auch zum Jagdbetrieb, zum Feuerverbot und schlussendlich zum Verwaltungszentrum Sinergia. Öffentlicher Verkehr: Sie haben festgestellt, dass der öffentliche Verkehr mit den Transportunternehmen sichergestellt werden konnte. Das waren die RhB, Postauto Graubünden, die regionalen, die kommunalen Verkehrsbetriebe. Wir haben so nach unserer Einschätzung einen zuverlässigen, wenn auch teilweise reduzierten öffentlichen Verkehr anbieten können für die Bevölkerung, für die Wirtschaft. Es ist ein Grundangebot angeboten worden, sichergestellt letztlich im System über die Systemführerschienen SBB und Systemführerstrasse Postauto Schweiz. Das hat natürlich grosse Herausforderungen bedeutet, namentlich auch in finanzieller Hinsicht. Sie können sich vorstellen, was es bedeutet, wenn die Auslastung letztlich im Vergleich zum Durchschnitt nur mehr etwa zehn Prozent beträgt. So musste letztlich natürlich auch reagiert werden, in Anführungs- und Schlusszeichen Schadensminderung betrieben werden.

Auf dem Bahnnetz wie auf den Buslinien wurden zum Teil Angebote reduziert, auf dem Bahnnetz in der Regel auf einen Stundentakt reduziert und im Busnetz in der Regel auf den Fahrplan der Zwischensaison. Eine besondere Herausforderung stellte der Feiertagsbetrieb an Auffahrt und Pfingsten dar. Man hat dann Züge verlängert, zusätzliche Postautos eingesetzt, festgestellt, dass es doch da und dort auch Schwierigkeiten gab, pars pro toto, der Velo-Selbstverlad war nicht überall ausreichend dotiert. Massnahmen hat man dann eingeleitet. Selbstverständlich hat man auch im öffentlichen Verkehr Schutzkonzepte umgesetzt zugunsten der Fahrgäste, zugunsten der Mitarbeitenden. Man kann heute feststellen, dass es recht gut funktioniert. Allerdings aus der Sicht Deutschschweiz und Kanton Graubünden mit Blick auf Schutzmasken kann man feststellen, dass diese nicht häufig verwendet werden. Selbstverständlich hat es auch

ein Reinigungskonzept gegeben. Es ist intensiver gereinigt worden mit Desinfektionsmitteln.

Seit Montag, 8. Juni 2020 ist das Angebot des öffentlichen Verkehrs wieder weitgehend normal. Der regionale Personenverkehr ist dotiert und mit gewissen Einschränkungen auch der touristische Verkehr, der rein touristische Verkehr allerdings eben mit gewissen Einschränkungen. Er wird angepasst den Bedürfnissen aus dem Quellmarkt Schweiz. Man geht davon aus, dass es mehr schweizerische Nachfrage gibt, und im Gegenzug wird er ausgedünnt, reduziert mit Blick auf Kundschaft aus den Fernmärkten, vor allem der Bernina Express, vor allem auch der Glacier Express. Für die nächsten Jahre wird uns sicherlich die finanzielle Auswirkung noch länger beschäftigen, intensiv beschäftigen. Es finden intensive Gespräche statt mit dem Bund, einerseits Parlament, aber auch UVEK, auch Bundesamt für Verkehr. Wir haben dort die spezielle Herausforderung zu vertreten, dass unsere Eisenbahn, insbesondere auch ganz wesentlich, wie das Postauto, Tourismusverkehr leisten. Eine wichtige offene Frage: die Entschädigung für Kurzarbeit.

Mit Blick auf die Bautätigkeit des Kantons im Hochbau und im Tiefbau: Es hat sich für uns die schwierige Frage gestellt, ob wir die Baustellen schliessen sollen. Bundesrat und Regierung haben letztlich entschieden, dies nicht zu tun. Wir sind mit dieser Entscheidung rückblickend zufrieden. Wir konnten so Baustellen eröffnen, wir konnten so die Bauprogramme absolvieren, und wir konnten nicht zuletzt auch Bauaufträge durch den Kanton vergeben. Auf den Baustellen des Kantons, wo der Kanton also Bauherr ist, sind die Schutzmassnahmen BAG umgesetzt worden, selbstverständlich durch die Unternehmen. Wir haben auch Rahmenbedingungen gesetzt. Insbesondere haben wir uns die Zielsetzung gegeben, die Ausmassprüfungen möglichst schnell abzuwickeln, die Rechnungsprüfung möglichst schnell abzuwickeln, die Zahlungsfristen möglichst kurz zu halten, um letztlich den Unternehmen Liquidität zuführen zu können. Eine besondere Herausforderung stellen schliesslich auch die coronabedingten Mehraufwendungen dar. Wir möchten diese einheitlich bearbeiten und beurteilen.

Der dritte Aspekt, der Jagdbetrieb 2020. Zwei Themen sind dabei entscheidend: Der Bundesrat hat die Schiessstände geschlossen und somit die Möglichkeit vereitelt, dass man den Schiessnachweis erwerben kann. Den Schiessnachweis braucht man, um das Jagdpatent beziehen zu können. Wir haben letztlich uns einer Empfehlung der Jagd- und Fischereiverwalterkonferenz angeschlossen sowie auch die meisten anderen Schweizer Kantone, dass wir diesen Schiessnachweis einfach nicht einfordern für den Jagdbetrieb 2020. Nichtsdestotrotz, dies zur Versicherung an alle, die es interessiert: Ein Jäger hat, um weidmännisch zu sein und zu handeln, trotzdem die Treffsicherheit zu üben, er hat trotzdem seine persönliche Jagdwaffe einzuschliessen. Wir haben im Weiteren auch die Jagdprüfungsvoraussetzung, die Zulassungsvoraussetzungen nicht einhalten können. Wir haben die vorgeschriebenen Stunden Hegeleistung, die vorgeschriebenen Stunden Waffen- und Schiessausbildung reduzieren müssen, angepasst im Rahmen einer COVID-19 Jagdverordnung.

Das generelle Feuerverbot: Sie haben es sicherlich mitbekommen, wir haben ein generelles Feuerverbot bis auf Weiteres ausgesprochen ab dem 24. März 2020 für das ganze Kantonsgebiet, ausgenommen den Siedlungsraum. Wir wollten damit in erster Linie sicherstellen, dass wir auf das Personal der Feuerwehr und seiner Partnerorganisationen stetig zurückgreifen können. Später ist dann auch eine besondere Trockenheit noch hinzugekommen. Letztlich hat die Bevölkerung sehr viel Verständnis für dieses generelle Feuerverbot gezeigt, es diszipliniert eingehalten, auch die Pandemie bedingte Begründung. Wir meinen, dass es sich bewährt hat. Am 20. Mai 2020 haben wir es wieder aufgehoben.

Der Umzug Verwaltungszentrum Sinergia: Mitte März sahen wir uns selbstverständlich auch diesbezüglich in einer besonderen Lage. Wir haben entschieden, den für April und Mai vorgesehenen Umzug von 14 Dienststellen zu verschieben, vorläufig auf eine ungewisse Zeit. Wir haben dann den Betrieb des Verwaltungszentrums in einen Zwischenbetrieb gestellt, einer Leerstandswartung unterzogen. Betrieb funktioniert, Sicherheitssysteme sind aktiviert. Wir haben natürlich auch mit Blick auf die Folgeschäden, Liegenschaften, Räume, die durch den Umzug frei werden, haben wir stoppen müssen. Mietverträge, die wir gekündigt haben, wieder neu verlängern müssen. Wir haben eine neue Terminierung. Aufgrund der Umstände, wie sie sich heute zeigen, wollen wir den Zügelbeginn auf den 17. August festlegen, und am 25. September 2020 umgezogen sein.

Die letzte Bemerkung, Liegenschaftsverwaltung oder moderndeutsch Facility Management: Wir haben selbstverständlich auch den Reinigungsrythmus der Büroräumlichkeiten deutlich erhöht. Wir möchten ihn vorerst bis auf Weiteres aufrechterhalten, und wir haben bei den Bemühungen der Dienststellen auch diese unterstützen wollen bei der Umsetzung der Schutzkonzepte. Damit gebe ich das Wort weiter an meinen Kollegen Marcus Caduff.

Regierungsrat Caduff: Ich mache gern einige Ausführungen zum Volkswirtschaftsbereich. Die Coronapandemie ist und war in erster Linie eine Gesundheitskrise, dennoch bedeutet diese Krise auch für die Wirtschaft eine Vollbremsung. Für die Schweiz wird für dieses Jahr, also für das Jahr 2020 mit einem Einbruch des Bruttoinlandproduktes von 5 bis 6 Prozent gerechnet. Graubünden dürfte fast noch etwas stärker betroffen sein, da vor allem der Tourismus oder alles was im Tourismus passiert, nicht möglich ist durch die Einschränkungen des Bundes und auch des Kantons. Mit verschiedenen Sofortmassnahmen, mit Notverordnungen hat die Regierung sehr kurzfristig eine Reihe von Beschlüssen gefasst, um die Wirtschaft beziehungsweise die Unternehmungen zu unterstützen. Ich möchte hier eine Klammerbemerkung machen: Wenn wir solche Massnahme ergriffen haben, dann war das immer in Absprache oder parallel zu den Massnahmen des Bundes. Das bedeutete auch jedes Mal, dass wir zuerst abwarten, abwarten mussten, was der Bund entscheidet, um dann subsidiär die kantonalen Massnahmen zu ergreifen. Es war nicht immer eine ganz einfache Situation, weil wir erhielten in der Regel, bevor der Bund kommunizierte, eine bis an-

derhalb Stunden Vorlauf. Die Fragen aber, was das nun für die konkrete einzelne Unternehmung bedeutet, diese kamen dann zu uns. Wir haben auch rasch reagiert und bereits am 13. März die Task Force Wirtschaft eingesetzt, diese hat sich regelmässig getroffen, um die verschiedenen Massnahmen zuhanden der Regierung vorzubereiten.

In einer ersten Phase der Krisenbewältigung standen verschiedene Sofortmassnahmen, Notmassnahmen im Zentrum, wir haben da immer die drei Themenfelder «Liquidität», «Arbeit» und «Härtefälle» unterschieden. Ich gehe nun kurz auf die verschiedenen Massnahmen ein, erwähne dabei auch jeweils, was die aktuellen Zahlen sind. Vorab: die Krise hat klare Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahlen. Per Ende Mai verzeichneten wir in Graubünden 3620 Arbeitslose. Das sind 3,3 Prozent der Erwerbstätigen, welche arbeitslos sind. Das ist eine Quote, welche für Graubünden sehr hoch ist und sogar über dem schweizerischen Schnitt, was sehr unüblich ist. Ein weiteres Thema, welches uns sehr stark beschäftigt hat in den letzten Monaten, ist die Kurzarbeitsentschädigung und die Erwerbsausfallentschädigung. Kurzarbeitsentschädigung, einfach um ein Bild zu geben, noch im Februar hatten wir fünf Unternehmungen, welche Kurzarbeitsentschädigung beantragt hatten mit 222 Mitarbeitenden. Mittlerweile sind wir bei 5825 Unternehmungen, welche Kurzarbeit vorangemeldet haben und es betrifft 51 000 Mitarbeitende. Ihr könnt euch vorstellen, was das für das entsprechende Amt bedeutet. Waren es vorher zwei bis drei Personen, welche sich mit Kurzarbeitsentschädigungsgesuchen beschäftigt haben, so mussten wir das innerhalb von wenigen Wochen auf 80 Mitarbeiter hochfahren, um die Flut an Voranmeldungen, an Gesuchen bewältigen zu können. Das konnten wir auch dank der Unterstützung aus anderen Dienststellen, aus anderen Departementen bewältigen. Man muss aber auch wissen, dass die Mitarbeitenden im KIGA sieben Tage pro Woche gearbeitet haben. Mittlerweile haben wir immer noch 50 Mitarbeitende, welche diese Gesuche bearbeiten.

Die Erwerbsausfallentschädigung wird durch die SVA, durch die Sozialversicherungsanstalt abgewickelt. Hier sind 3866 Gesuche eingegangen. 3738 wurden bearbeitet. Man ist dort also ziemlich tagesaktuell. Insgesamt wurden bei den EOs 13,2 Millionen per dato ausbezahlt, an Kurzarbeitsentschädigung wurden im Kanton Graubünden 75 Millionen Schweizer Franken ausbezahlt. Hier hatten wir noch die Ungewissheit eine gewisse Zeit lang, ob die indirekt betroffenen Selbständigerwerbenden ebenfalls von der EO profitieren können oder nicht. Glücklicherweise hat der Bund dann entschieden, dass auch diese in den Genuss der EO kommen. Ebenfalls wurde die Kurzarbeitsentschädigung auf die geschäftsführenden Gesellschafter ausgeweitet, sowie auch auf Lehrlinge, was ja in einer normalen Lage nicht der Fall ist.

Zum Thema Liquidität hat bekanntlich der Bund die «Solidarbürgschaften Bund» beschlossen, bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes. Zehn Prozent des Jahresumsatzes, das entspricht etwa einem bis anderthalb Monaten Umsatz. Da wir davon ausgingen, dass die Krise länger dauern wird, haben wir subsidiär die kantonalen Solidarbürgschaften über 80 Millionen Franken beschlossen.

Wir gingen, als wir diesen Beschluss gefasst haben, von etwa 100 bis 200 Gesuchen aus. Stand heute ist, dass wir 23 Anträge für die kantonalen COVID-19-Kredite erhalten haben, zwölf wurden bewilligt, Kreditvolumen von 3,47 Millionen Franken, neun wurden abgelehnt, zwei weitere sind in Abklärung. Einfach um eine Zahl zu geben, wie viel Bundeskredite, Bundessolidarbürgschaften im Kanton Graubünden in Anspruch genommen wurden, da reden wir von 2400 Krediten, welche an Unternehmungen aus Graubünden gewährt wurden, in einem Gesamtvolumen von annähernd 300 Millionen Franken.

Dann hat die Regierung weiter einen Härtefall-Fonds beschlossen, hier ist wichtig zu sagen, dass wir Gelder nicht nach dem Giesskannen-Prinzip verteilen möchten und dass die besondere Härte nachzuweisen ist. Hier wurde ein Fonds, ein Kredit in der Höhe von zehn Millionen Franken eingerichtet. Seit dem 8. Juni können nun Gesuche eingereicht werden und erste Gesuche treffen auch bereits ein. Weiter wurde eine Start-Up-Unterstützung beschlossen. Da hat der Bund entschieden, falls die Kantone mitmachen, mit ins Risiko gehen, dass er 65 Prozent des Kredits mit Bürgschaft abdeckt, der Kanton entsprechend 35 Prozent abdecken muss. Auch hier hat der Kanton Graubünden entschieden, bei diesem Programm mitzumachen, per dato sind zwei Anträge von Start-Ups eingegangen.

Ein weiterer Beschluss betrifft die Sonderfinanzierung der KITAs, hier wurde ein Betrag zur Sicherstellung der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung über eine Million Franken gesprochen. Der Bund hat ja im Nachhinein entschieden, dass er einen Teil davon übernehmen wird. Wir haben auch bereits beschlossen, einen Sonderbeitrag an «Graubünden Ferien» zu sprechen. Hier geht es vor allem um die Nachfrageförderung für den Sommer, aber insbesondere auch für die Herbstsaison, vielleicht habt ihr gesehen, dass die entsprechende Kampagne nun läuft.

Der Transparenz halber, und da ich weiss, dass auch das Thema Medien verschiedene Fragen, allenfalls auch Aufträge auslösen wird, sei auch dargestellt, dass die Regierung zur Abfederung der Werbeausfälle bei den Bündner Medienunternehmungen, sowie zur Linderung der Umsatzeinbussen beim Bündner Gewerbe ein sogenanntes Impulsprogramm «Werbung» beschlossen hatte. Der Kanton hätte dem Gewerbeunternehmen die Platzierung von vergünstigten Inseraten, zur Ankurbelung ihres Geschäfts ermöglicht, davon hätte gleichzeitig die Bündner Medienunternehmung profitiert, welche durch die Corona-Krise mit Werbeeinbussen zu kämpfen hatten und haben. Die Regierung stellte zu diesem Zweck 800 000 Franken zur Verfügung, die GPK hat allerdings den beantragten Nachtragskredit nicht genehmigt.

Während dieser ganzen Zeit hatten wir in regelmässigen Abständen Austausch, sowohl mit den Wirtschaftsverbänden, mit dem Tourismus, aber auch mit den Gewerkschaften, es war mir wichtig, dass wir hier den Puls spüren, dass wir die Branche miteinbinden können, um unsere Massnahmen entsprechend abzustützen. Noch einen Ausblick: Die Zeit der Notverordnung, der Notmassnahmen ist vorbei, jetzt geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Bündner Unternehmungen auf mittlere

re und lange Frist zu sichern. Bisher haben wir im Kanton bedeutend, ich habe es vorher erwähnt, bedeutend weniger Anfragen für die kantonalen Solidarbürgschaften erhalten als erwartet, was mich auf der einen Seite positiv stimmt, auf der anderen Seite wissen wir nicht, oder ist es auch nicht abschätzbar, wie die Liquiditätssituation der Bündner Unternehmungen sich im Herbst entwickeln wird. Im Tourismussektor wird sie kurzfristig stark vom Verlauf der Sommersaison und mittelfristig auch insbesondere vom Verlauf der nächsten Wintersaison abhängen. Ganz grundsätzlich könnte die Pandemie jedoch dazu führen, dass die Liquiditätslage der Unternehmungen in den nächsten Monaten und Jahren dadurch aufrechterhalten wird, indem Investitionen nicht getätigt werden, was zu einem Investitionsstau führen kann und entsprechend natürlich auch zu Rückgängen beim Gewerbe.

Wir sind dabei uns intensiv Gedanken über die langfristigen Massnahmen zu machen und da mache ich gern kurz einige Ausführungen zu zwei sogenannten Impulsprogrammen, welche wir derzeit bearbeiten. Ich sage bewusst Impulsprogramme, weil es zwei sind. Ein Impulsprogramm ist Impulsprogramm «Tourismus». Da ist die ITG, die Interessensgemeinschaft Tourismus im Lead. Sie koordiniert die Massnahmen, prüft die Machbarkeiten, ist für uns sozusagen Scharnier zur Branche. Hier geht es um die Frage, welche Massnahmen müssen ergriffen werden, damit die Wintersaison überhaupt stattfinden kann? Unter der Annahme, dass wir bis im Winter noch keinen Impfstoff haben. Unter der Annahme, dass die Schutzmassnahmen, die Distanzmassnahmen weiterhin gelten. Wie kann der Winter da überhaupt stattfinden? Es geht um digitale Angebotsentwicklung. Es geht um Optimierung der Strukturen im Bündner Tourismus. Da liegt eine Projekt-Skizze vor. Es sind acht verschiedene Module, die wir hier einsetzen könnten. Eines davon war die bereits angesprochene Massnahme «Förderung des Sommers». Eine weitere Massnahme betrifft die Digitalisierungsplattform, das Digitalisierungsprojekt der Rhätischen Bahn und weitere Projekte. Da sind wir stark am Arbeiten.

Dann gibt es ein Impulsprogramm «Wirtschaft». Es ist ein zweites Impuls- oder wohl eher ein Strukturprogramm, es befasst sich mit der Gesamtwirtschaft. Dort wurden die Wirtschaftsverbände zur Mitarbeit eingeladen. In diesem Projekt haben wir die Arbeiten eben erst begonnen. Auch hier gilt es erst die Ideen zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für Wirtschaft zu prüfen und die Vorgehensweise zu bestimmen. Grundsätzlich ist die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Kanton Graubünden eine Daueraufgabe, gewinnt aber in der heutigen Situation ebenfalls an zusätzlicher Bedeutung. Es gilt nun die Kräfte zu bündeln, die zentralen Standortfaktoren unseres Kantons zu verbessern. Es braucht aber ein fundiertes, ein wohlüberlegtes Vorgehen und keine Schnellschüsse.

Zum Abschluss danke ich an dieser Stelle der Task Force Wirtschaft, den Mitarbeitern in den Dienststellen, den Wirtschaftsvertretern, der Graubündner Kantonalbank und allen Beteiligten mit welchen wir während dieser ausserordentlichen Situation in sehr engem Austausch standen und auch unsere Massnahmen immer spiegeln

durften. Ich gebe damit das Wort gerne Regierungskollege Peyer weiter.

Regierungsrat Peyer: Abstand nehmen und so zusammenstehen, das war die Devise der letzten Monate. Eine an sich einfache Aussage, die uns aber enorm gefordert hat. Ich werde meine Ausführungen in einem kurzen Rückblick in besonders beteiligte Dienststellen, etwas zur aktuellen Lage und ein paar Bemerkungen zur aktuellen Lage gliedern. Zum Rückblick: Am 31. Dezember vom letzten Jahr haben wir im Radio gehört, dass in Wuhan eine Krankheit ausgebrochen sei, an der Menschen auch sterben könnten. Das ist noch keine sechs Monate her. Und seither haben wir eine weltweite Pandemie, die ausserordentliche Lage in der Schweiz. Das gab es seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr und was hier auch bemerkt werden muss, im Gegensatz zum Ausland, wir hatten nie eine Ausgangssperre. Die Verbreitung im Kanton Graubünden des Virus hat sich aber typisch gezeigt, wie in vielen anderen Ländern. Es gab eine sogenannte Clusterbildung. Wir haben Regionen, die sehr stark betroffen waren. Das Oberengadin, das Puschlav, das Misox und wenn wir dann aber in diese Regionen genau schauen, sehen wir, dass auch dort eben nicht alle Gemeinden betroffen sind. Das Misox ist wirklich Paradebeispiel. In Grono hatten wir die Hälfte aller Fälle vom Misox, aber es gab auch Gemeinden im Misox, wo es keine Fälle oder nur einen gab und wenn wir das dann in den Gemeinden nochmals hinunterbrechen, nehmen wir wieder Grono, dann sehen wir, dass auch nicht das ganze Dorf betroffen war, sondern beispielsweise einzelne Institutionen besonders, wie etwa ein Altersheim. Dieses Bild hat sich eigentlich über den ganzen Kanton gezeigt.

Bereits im Februar hat der erste Lagerapparat des kantonalen Führungsstabes stattgefunden. Ebenfalls im Februar ergriff das Gesundheitsamt präventive Massnahmen. Wir haben grössere Veranstaltungen überregional verboten. Ende Februar mussten wir den Engadiner Skimarathon absagen. Später kam der Abbruch der Hockey- und der Wintersaison. Diese drei Massnahmen, so behaupten wir zumindest heute, hat sich nachträglich für Graubünden als Glücksfall herausgestellt. Diese Veranstaltungen hätten nämlich das Potenzial eines sogenannten «Superspreaders» gehabt, also ein Ort, wo sich der Virus oder das Virus auf sehr viele andere übertragen hätte können. Diese Entscheidungen sind uns alles andere als leichtgefallen, aber sie waren, glaube ich, richtig. Und seit dem 13. März haben wir im Kanton die ausserordentliche Lage, auch in der Geschichte des Kantons Graubünden ein Novum.

Damit zu einzelnen Dienststellen: Das Gesundheitsamt und das Gesundheitswesen waren von Anfang an stark gefordert. Für uns hatte der Schutz der Bevölkerung immer erste Priorität und wir wollten eine Überlastung der Institutionen vermeiden und dafür haben wir auch diese Massnahmen ergriffen. Der Erlass eines Besuchsverbotes in Spitälern und Alters- und Pflegeheimen, aber auch in Wohneinrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen, waren umstrittene Massnahmen, aber, wenn wir im Nachhinein sehen, dass die Hälfte der Personen die verstorben sind, Bewohnerinnen und Be-

wohner von Alters- und Pflegeheimen waren, dann zeigt es, dass auch diese Massnahme richtig war. Wir haben einen Aufruf gemacht an das Pflegepersonal, das nicht mehr aktiv berufstätig ist in seinem Fachgebiet, sich zu melden. Fast 1000 Personen, 998 genau, haben sich gemeldet, auch hierfür ein ganz herzliches Dankeschön für diese Bereitschaft mitzuhelfen. Die Spitäler haben sich im Rahmen der Vorsorge, bezüglich der COVID-Pandemie, intensiv mit den notwendigen Vorbereitungen auseinandergesetzt und der Bund hat dann zur Sicherstellung der Ressourcen im Gesundheitswesen, elektive Eingriffe vorübergehend verboten. Was dies bedeutet für die Finanzen des Kantons, darauf werde ich dann im Rahmen der entsprechenden Notverordnung noch weiter darauf eingehen. Sie kennen aber die Zahl. 54 Millionen netto für die Deckung von möglichen Einnahmefällen. Fünf Millionen zusätzlich des Kantons für gemeinwirtschaftliche Leistungen zusätzlich.

Eine grosse Herausforderung hatten wir an der Grenze: Das Grenzregime, obwohl an sich Sache des Bundes, hat uns immer wieder vor Schwierigkeiten gestellt. Wir waren wirklich darauf angewiesen, dass die Grenzen, insbesondere zu Italien, offenbleibt, weil Grenzgängerinnen und Grenzgänger für unsere Gesundheitswesen systemrelevant sind. Damit dies gewährleistet werden konnte, wurde das GWK durch die Kantonspolizei, mit insgesamt 233 Manntagen verstärkt und 520 Dienstage zusätzlich hat auch der Zivilschutz geleistet, um das GWK zu unterstützen. In den letzten Wochen, in den letzten drei Wochen haben wir uns mit Hinblick auf die vollständige Grenzöffnung bemüht, dass der Bund diese Massnahmen nicht nur mit dem Tessin, sondern auch mit Graubünden und dem Wallis abstimmt und dass wir auch geordnete Grenzöffnungen haben gegenüber Italien. Das ist, glaube ich, mittlerweile gelungen.

Besonders gefordert war auch der Asyl-Bereich: Wir mussten dafür sorgen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Asylzentren, der Kollektivunterkünfte, geschützt werden, aber gleichzeitig auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir mussten auch hier harte Massnahmen ergreifen: Hausverbote für Dritte, keine Transfers zwischen den Zentren zulassen, Ausdehnungen der Öffnungszeiten für Küche und Waschküche, gestaffelte Nutzung der Gemeinschaftsräume usw. Wir haben auch die Reserveliegenschaften in Disentis, Chur und in Splügen in Betrieb genommen, auch dafür konnten wir auf die Unterstützung des Zivilschutzes zählen. Trotzdem konnten wir nicht vermeiden, dass vier Bewohnerinnen und Bewohner erkrankten und auch eine Person aus dem Betreuersteam.

Eine weitere Herausforderung hatten wir im Justizvollzug. Glücklicherweise durften wir die neue Justizvollzugsanstalt Cazis Tignez Ende Jahr, respektive Anfang dieses Jahr in Betrieb nehmen. Dank diesem modernen Bau mit Einzelzellen konnten wir auch dem Wunsch des Kantons Zürich nachkommen und schneller als geplant, mehr Insassen aus Zürich übernehmen. Trotz dieser Anstrengungen und trotz der schnelleren Auslastung der neuen Anstalt mussten wir nur eine Person aus dem Betreuersteam krankschreiben lassen. Diese Person ist aber glücklicherweise wieder genesen. Unter den Insas-

sen hatten wir keine Ansteckungsfälle zu beklagen oder festzustellen.

Der Zivilschutz, ich habe ihn schon erwähnt, er stand im Dauereinsatz. Insgesamt haben im Kanton Graubünden 1242 Angehörige des Zivilschutzes fast 9000 Dienstage geleistet im Rahmen der Pandemiebewältigung. Im Maximum waren 140 Zivilschützerinnen und Zivilschützer pro Tag im Einsatz. Sie haben ausgeholfen in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, in der Spitex, in der Kommunikation, bei der Unterstützung des GWK, in der Logistik, im COVID-Care-Team und in den Asylzentren. Ein Blick auf den Kantonalen Führungsstab: Bei ihm war die Koordination und die Drehscheibe aller Aktivitäten mit Einbezug aller Departemente und Dienststellen der Gemeinden, der Partnerorganisationen, mit benachbarten ausländischen Regionen, mit dem Bundesstab usw. Wir hatten zum Glück Erfahrungen aus Bewältigung von anderen Grossereignissen, etwa dem WEF oder auch dem Bergsturz in Bondo. Ein Aspekt aus dem kantonalen Führungsstab: die Kommunikation. Wir haben insgesamt mit der Kommunikationsabteilung des KFS und in enger Zusammenarbeit mit der Standeskanzlei vier Medienkonferenzen organisiert, elf Gemeindebulletins aufgeschaltet, 38 Rapporte durchgeführt, 67 Lageberichte verfasst und damit täglich alle Gemeinden im Kanton Graubünden bedient, 53 Medienmitteilungen verfasst seit dem 2. März 2020, tausende von Anfragen beantwortet. Dafür hatten wir bis zu 20 Personen gleichzeitig im Einsatz. Der Spitzentag war der 16. März 2020, als wir 850 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen, Schulen usw. bekommen haben. Wir konnten 639 am selben Tag beantworten, 300 davon, 297, per Mail und 342 am Telefon. Dieses enorme Informationsbedürfnis hat uns auch gezwungen, die Kommunikation laufend auszubauen, so wurde die dreisprachige Webseite laufend ergänzt und die ganze Kommunikation mussten wir auch kanalisieren, um Doppelspurigkeiten und falsche Auskünfte zu vermeiden.

Ein Blick auf die Kantonspolizei: Neben ihrem eigentlichen Auftrag hat sie das Gesundheitsamt im Quarantänebereich unterstützt oder für das KIGA und die Gemeinden Betriebskontrollen zur Einhaltung der Schutzkonzepte und der COVID-19-Vorschriften getätigt. Im Vordergrund stand immer die Sensibilisierung und Beratung der Bevölkerung und der Unternehmen, um die Hygiene- und Distanzvorschriften durchzusetzen. Erhöhte Präsenz hatten wir auch an sogenannten Hotspots wie Grillplätzen, Seen, Schulhausplätzen, Bahnhöfen, oder auf den Nord-Süd-Verkehrsachsen. Die Kantonspolizei hat für knapp 16 000 Franken Bussen verteilt wegen der Nichteinhaltung der Regeln betreffend Gruppengrösse von fünf Personen oder wegen der Nichteinhaltung des Mindestabstandes von zwei Metern. Es wurde also sehr zurückhaltend gebüsst, und wir überlegen uns, ob wir diese 16 000 Franken einer wohlthätigen Organisation überweisen, so wie das der Kanton Tessin mit seinen Busseneinnahmen gemacht hat, die aber bedeutend höher sind.

Ein kurzer Blick auf die aktuelle Lage: Trotz aller Härten, die die Krise mit sich gebracht hat, sind wir doch beruhigt, zu sehen, dass die Schutzmassnahmen gegriffen haben und uns vor den schlimmsten Szenarien ver-

schont haben. Wir zählen insgesamt 830 bestätigte Ansteckungsfälle und leider auch 50 Personen, die verstorben sind. Die aktuellen Zahlen finden Sie seit letzter Woche auf der Webseite unter www.gr.ch-coronavirus, aufgeschlüsselt nach Regionen. Aufgrund des starken Rückgangs der Fallzahlen und der Entspannung der Lage wurde der KFS wieder von seinen Aufgaben entbunden. Er ist noch unterstützend tätig, und seit dem 6. Juni 2020 ist das Gesundheitsamt wieder mit der Führung beauftragt. Ab dem 19. Juni 2020 werden wir auch in Graubünden wieder in die normale Lage zurückkehren. Das hat die Regierung heute beschlossen. Im Rahmen des Risikomanagements wurden schon erste Erkenntnisse unter Einbezug aller Departemente und Amtsstellen und weiteren Anspruchsgruppen gesammelt. Und die Regierung beabsichtigt, diese Erkenntnisse im Rahmen von mehreren parallel aufeinander abgestimmten Nachbearbeitungsprozessen bis Ende Jahr aufzuarbeiten und die bestehenden Konzepte anzupassen.

Seit dem 11. Mai 2020 haben wir wieder das Contact Tracing aufgenommen. Wir haben dazu eine spezielle Software eingeführt, welche die einfachere und auch modernere Kommunikation zwischen den betreuenden Personen und den erkrankten Personen sicherstellt. Stand heute haben wir zwei Personen in Isolation und sechs Personen in Quarantäne, doch diese Zahlen können jeden Tag stark schwanken. Insgesamt haben wir seit dem 11. Mai 2020 gegen 40 Personen so betreut. Erste Erkenntnisse: Ich habe schon gesagt, die Kommunikation und die Medienarbeit und die Sprachenvielfalt im Kanton Graubünden haben uns, insbesondere zu Beginn, vor grosse Herausforderungen gestellt, auch die Präsenz auf den sozialen Medien und auf der Webseite. Wir haben zum Teil im Vergleich zur gleichen Periode vor einem Jahr das Drei- bis Fünffache mehr Kontakte auf den Webseiten und auf den sozialen Medien. Eine Erkenntnis ist auch, die Krankenversicherer, und das betrifft vor allem das Gesundheitswesen, haben wir in der ganzen Krise praktisch nie gesehen, die Kostenverteilung ist bisher sehr einseitig.

Und zum Schluss noch zwei, drei Bemerkungen: Es muss uns bewusst sein, wir wissen vieles noch nicht über das Virus, z.B., warum Kinder und Jugendliche weniger anfällig sind als ältere Personen, aber eben nicht nur, warum nicht bei allen Personen Symptome auftreten, welche Wirkung das Virus auf die Organe hat, welche Langzeitwirkungen es gibt auf die Lungenfunktion insbesondere. Es ist unklar, ob jemand der erkrankt ist, wirklich immun ist nachher. Wir haben keinen, bisher keinen zuverlässig, wirklich zuverlässigen Antikörpertest, und wir haben insbesondere keinen Impfstoff gegen das Virus. Wir haben weltweit, Stand heute Morgen halb elf Uhr, rund 8 Millionen Infizierte und rund 435 000 Personen, die verstorben sind. Diese Zahlen steigen nach wie vor stündlich. Kurz: Es ist noch nicht vorbei. Ich möchte am Schluss auch allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere im Gesundheitsamt und beim Amt für Militär und Zivilschutz, aber natürlich auch in meinem Departementsekretariat, ganz herzlich danken. Und ein besonderer Dank geht auch an das Spitalpersonal und alle Verantwortlichen in den Institutionen, in Alters- und Pflegeheimen, in Heimen für Men-

schen mit einer Behinderung, die wirklich ganz besonders viel Arbeit hatten. Herzlichen Dank Ihnen allen.

Standespräsident Della Vedova: Regierungsrat Parolini, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Parolini: Gerne äussere ich mich zu den Bereichen Bildung, Sport und Kultur. Zuerst zum Volksschul- und Sportbereich. Am 13. März 2020 hat das EKUD mitgeteilt, dass aufgrund der COVID-19-Pandemie bis auf Weiteres an allen Schulen des Kantons Graubünden kein Präsenzunterricht mehr stattfinden wird. Für die öffentlichen und privaten Trägerschaften der Bündner Volksschule bedeutete dieser Entscheid zunächst die Vorbereitung und Erprobung des Fernunterrichts. Bereits am 14. März 2020 richteten die Bezirksinspektorate eine Hotline ein, um die Verantwortlichen in den Schulen in dieser ausserordentlichen Situation möglichst gut unterstützen zu können. In den vergangenen drei Monaten folgten dann zeitgleich in den drei Kantonssprachen Schreiben des Erziehungs- Kultur- und Umweltschutzdepartementes, sowie regelmässige Info-schreiben «Schule trotz Corona» des Schulinspektorates mit den wichtigsten Entscheiden, Informationen und Planungshilfen zuhanden der Schulen. Die Schulen haben den Fernunterricht gemäss den kantonalen Vorgaben erfolgreich und mit grossem Engagement umgesetzt. Die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf wurden speziell unterstützt. Im Bereich der Sonderschulung wurden Kinder und Jugendliche teilweise während der gesamten Woche in den Institutionen betreut und gingen nur am Wochenende nach Hause. Sowohl für die Schülerinnen und Schüler, als auch für die Eltern war dies eine grosse Belastung. In diesen Fällen stand der schulpsychologische Dienst mit telefonischen Beratungen zur Verfügung.

Die Abteilung Sport hat während des Lockdowns die Nothilfe für Vereine und Verbände organisiert und bei der Erstellung von Schutzkonzepten beraten. Seit dem 11. Mai findet an den Volksschulen im Kanton wieder Präsenzunterricht nach regulärem Stundenplan statt. Die Regelungen des Bundes und des Kantons für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts wurden sowohl von den Lehrpersonen als auch von den Schulleitungen und Schulbehörden sehr positiv aufgenommen. Die Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen freuen sich, einander endlich wieder regelmässig zu sehen und dieses besondere Schuljahr gemeinsam abschliessen zu können. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit und die offene Kommunikation während dieser herausfordernden Zeit. Es freut mich, dass wir uns im Bereich der Volksschule auf dem Weg zur Normalität befinden.

Zu den Bereichen höhere Bildung und Berufsbildung: Der Wechsel vom Präsenzunterricht zum «distance learning» erfolgte Mitte März 2020. Seit dem 6. Juni 2020 ist nun Präsenzunterricht unter Einhaltung der Schutzmassnahme auf der Sekundarstufe II, der Tertiärstufe und der Weiterbildung wieder zulässig. Aufgrund der geltenden Abstandsregeln auf dieser Bildungsstufe ist ein normaler Präsenzunterricht an verschiedenen Bildungseinrichtungen aber nicht möglich. Unterschiedliche

Voraussetzungen bezüglich Klassengrösse und Klassenräume führen dazu, dass es keine einheitliche Lösung bezüglich der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts bis Ende des aktuellen Schuljahrs gibt. Die Schülerinnen und Schüler, Lernenden und Studierenden werden bis Semesterende an den Mittelschulen und den Berufsfachschulen in Ganzklassen, Halbklassen oder «distance learning» unterrichtet. Auf Tertiärstufe sind einige Bildungsgänge bereits abgeschlossen und andere finden mittels unterschiedlicher Unterrichtsformen statt. Zwischenzeitlich wurden Aufnahme- und Abschlussprüfungen durchgeführt oder sind noch im Gange. Der Bundesrat hat ein angepasstes Qualifikationsverfahren 2020 festgelegt und die Berufsmaturitätsprüfungen ausgesetzt. An den Fachmittelschulen und den Gymnasien wurden nur die schriftlichen Abschlussprüfungen durchgeführt, auf mündliche Prüfungen wurde verzichtet.

Durch das Engagement und die Flexibilität der Berufsverantwortlichen der Chef-Expertinnen und Chef-Experten der Schulleitungen, der Lehrerschaft sowie der lernenden Personen kann der Lernerfolg sichergestellt und der Abschluss realisiert werden. Die vergangenen Wochen waren für alle mit sehr grossen Herausforderungen verbunden, und die Situation bleibt weiterhin anspruchsvoll. Oft waren flexible und pragmatische Lösungen gefragt. Aus diesem Grund gilt ein grosser Dank allen beteiligten Berufsbildungsverantwortlichen in den Lehrbetrieben und den überbetrieblichen Kursen sowie den Chefexpertinnen und -Experten, den Expertinnen und Experten in den Schulleitungen, den Lehrpersonen, den Schülern, den Eltern und den weiteren involvierten Personen für ihren grossen und beeindruckenden Einsatz während dieser ausserordentlichen Lage.

Und schliesslich noch zur Kultur: Der Lockdown und damit verbundene ausserordentliche Schliessung der kantonalen Kulturinstitutionen waren mit einschneidenden Folgen und Auswirkungen für den Publikumsverkehr verbunden. So mussten wichtige Dienstleistungen vor Ort wie Beratungen, öffentliche Führungen oder die Nutzung von Bibliotheken und Archiven grösstenteils stark eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden. Ab dem 11. Mai 2020 hat der Bundesrat, wenn auch in beschränkter Masse, die Wiedereröffnung von Museen, Bibliotheken und Archiven ermöglicht. Ein Entscheid, der von den Institutionen des Amtes für Kultur, sowie vom Publikum mit grosser Freude zur Kenntnis genommen wurde. Ein weiterer Lockerungsschritt erfolgte rund einen Monat später. So ist es seit dem 6. Juni 2020 wieder möglich, öffentliche Führungen, Veranstaltungen oder Vermittlungsangebote für Schulklassen oder Gruppen bis zu maximal 300 Personen durchzuführen. So können auch die Dauer-, und teils auch die Sonderausstellungen des Bündner Naturmuseums, des Rätischen Museums und des Bündner Kunstmuseums wieder zu den regulären Öffnungszeiten besucht werden.

Der Bundesrat hat am 20. März 2020 in der COVID-Verordnung «Kultur» spezifische Massnahmen für den Kultursektor beschlossen. Er stellte in einem ersten Schritt 280 Millionen Franken zur Verfügung und verfolgt seither die Entwicklung zusammen mit den Kantonen und Kulturorganisationen. Eine erste Standortbe-

stimmung hat ergeben, dass die bis am 11. Mai 2020 bei den Vollzugsstellen rund 5000 Gesuche von Kulturunternehmen, Kulturschaffenden und Kulturvereinen im Laienbereich in der Höhe von insgesamt knapp 234 Millionen Franken eingegangen sind. Aus diesen Gründen hat der Bundesrat am 13. Mai 2020 beschlossen, die Geltungsdauer der COVID-Verordnung «Kultur» bis zum 20. September 2020 zu verlängern. Neu gilt damit, dass allfällige Gesuche bis 20. September 2020 eingereicht werden können. Ebenso verlängert sich der zeitliche Bezugsrahmen für entstandene Schäden um zwei Monate, das heisst vom 31. August 2020 auf den 31. Oktober 2020. Die Ausfallentschädigungen für Kulturschaffende und Kulturunternehmen werden je zur Hälfte vom Bund und Kanton bis zu maximal 80 Prozent der anrechenbaren Schadenssumme getragen. Dem Kanton Graubünden wurden dafür vom Bund rund 3 Millionen Franken zugesprochen. Am 7. April 2020 hat die Regierung des Kantons der GPK einen Nachtragskreditantrag über 3 Millionen Franken für Ausfallentschädigungen beantragt. Die GPK hat den Nachtragskredit am 15. April 2020 verdankenswerterweise beschlossen. Die Rechte und Pflichten zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Kanton werden in einer Leistungsvereinbarung geregelt. Aktuell liegen der Kulturförderung im Kanton Graubünden 43 Gesuche für Ausfallentschädigungen von Kulturschaffenden sowie 50 Anträge um finanzielle Unterstützung von Kulturunternehmen vor. Derzeit werden die Schadensberechnungen vorgenommen und voraussichtlich im Juli 2020 mit den Auszahlungen begonnen. Auch im Bereich Kultur ein herzliches Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt, im Departement und auch in den Kulturinstitutionen und im Kulturbereich im Allgemeinen für ihren grossen Einsatz und auch für ihr Verständnis.

Standespräsident Della Vedova: Ich danke der Regierung für die ausführlichen Informationen. Nun eröffnen wir die Diskussion. Wie einleitend bereits gesagt, werden allfällige Fragen an die Regierung am Schluss beantwortet. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch zu melden, falls möglich, an wen die Frage gerichtet ist. Das wird das Vorgehen erleichtern. Ich danke Ihnen. Wem darf ich das Wort erteilen? Grossrat Michael, Sie haben das Wort.

Michael (Donat): Pandemie, besondere und ausserordentliche Lage, was anfangs Jahr noch sehr weit weg war, in China und in der Kantons- oder Bundesverfassung, war auf einmal Realität. Die Optimisten unter uns, und zugegebenerweise mich inbegriffen, hatten für die Pandemieplanung der letzten Jahrzehnte höchstens ein Lächeln übrig. Und siehe da: Wir wurden in kurzer Zeit eines Besseren belehrt. Durch die Globalisierung ist China trotzdem nicht so weit weg wie gedacht. Und die Regierung und der Bundesrat wussten auch ziemlich schnell, dass sie handeln dürfen, manchmal etwas übereifrig und unlogisch, trotzdem mit Weitblick und Verantwortung. Natürlich wäre ich am Wochenende Mitte März 2020 bei wunderschönem Wetter und fantastischen Schneebedingungen nochmals gerne auf die Piste, natür-

lich hätten wir gerne die Agrischa 2020 in Cazis wie vorgesehen durchgeführt. Natürlich hätten wir gerne so weitergemacht, wie wir es uns gewohnt waren. Die persönlichen Bedürfnisse mussten aber hintenanstehen. Wir mussten uns fügen, was nicht immer einfach war.

Rückblickend ist der Regierung ein Kompliment auszusprechen. Sie hat weitsichtig gehandelt. Und gleichzeitig hat sie immer gut kommuniziert. In der Krise ist Führungsstärke zu zeigen und trotzdem demütig zu bleiben. Ich denke, dies ist mehr oder weniger gelungen. Im Nachhinein ist es einfach, zu sagen, der Einschnitt im Gesundheitswesen war zu heftig. Die Schulen hätten unter bestimmten Auflagen weitergeführt werden können. Verschiedene Geschäfte hätten geöffnet bleiben dürfen. Und dafür hätte man die Grenzen schliessen müssen. Im Nachhinein wissen immer alle besser. Ja, der Einschnitt war und ist immer noch sehr gross. Neben den bereits aufgezählten Branchen ist vor allem die Eventbranche, alle Betriebe mit Tourismusabhängigkeit und die Verkehrsbranche als grösste Leidtragende zu nennen. Die Regierung, und in erster Linie natürlich auch der Bundesrat, haben Verantwortung gezeigt und mit Notverordnungen Massnahmen beschlossen, die eine willkommene Entlastung für viele bedeutet. Vor allem die Möglichkeit der Kurzarbeit ist ein bewährtes Instrument. Regierungsrat Caduff hat ja bereits darauf hingewiesen. Schnell und unkompliziert wurden die Eingaben behandelt und grösstenteils genehmigt. Dass dieses nur mit einer logistischen Meisterleistung möglich war, ist vielen nicht bewusst oder ging einfach vergessen. Etwas wurde in dieser Zeit aber uns bewusst: Eine Vollkasko kann niemand bieten. Die Aussage: Spare in der Zeit, so hast du in der Not, hat im Privaten, sowie beim Staatshaushalt Gewichtigkeit. Nun ist aber genug gelobt. Schauen wir nach vorne.

Die BDP-Fraktion möchte diese ausserordentliche Krise als Chance nutzen. Wenn die Regierung nicht schon kommuniziert hätte, dass nun eine Evaluation in die Wege geleitet wird, hätten wir einen Fraktionsauftrag mit folgenden Forderungen eingereicht: Für uns ist es wichtig, dass nun operative Abläufe, Strukturen und Kommunikationswege stufengerecht und breit evaluiert und anschliessend Verbesserungspotenzialpunkte effizient, Verhältnismässigkeit und Finanzen eruiert werden. Mit zielgerichteten Massnahmen, welche auch departementsübergreifende Schnittstellen umfassen, ist eine klare Vorwärtsstrategie zu definieren. Eine Analyse der Folgen der getroffenen Massnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie sollte Teil der Evaluation sein. Eine allgemeine Auslegeordnung und die Überprüfung und Optimierung der einzelnen Prozesse stehen für die BDP-Fraktion im Vordergrund. Wir sind der Meinung, dass dem Grossen Rat ein Bericht über die Evaluationsresultate plus ein Massnahmenkatalog sämtlicher Departemente und Dienststellen möglichst dieses Jahr unterbreitet werden soll. Regierungsrat Peyer hat das soeben versprochen oder angesprochen. Er hat zwar nicht gesagt, dass es dem Rat vorgelegt wird, aber ich denke, dass es in geeigneter Form trotzdem publiziert werden sollte.

Einreichen wird die Fraktion der BDP aber einen Auftrag betreffend Impulsprogramm für die Bündner Wirt-

schaft. Wir sind der Ansicht, dass es nun schnell und zielgerichtet Massnahmen braucht, welche die Bündner Wirtschaft und dabei insbesondere die KMUs und den Tourismus stützen. Im Vordergrund stehen für die BDP-Fraktion explizit nicht Finanzspritzen à fonds perdu, sondern vielmehr die Forcierung von ohnehin geplanten Projekten und die Unterstützung durch Schaffung KMU-freundlicher Rahmenbedingungen. Kurzfristige Zahlungsziele durch den Kanton, die Fokussierung der Vergaberichtlinien mit der grösstmöglichen rechtskonformen Berücksichtigung der Bündner Unternehmen oder die Überprüfung von Gebühren im Hinblick auf das ohnehin geltende Kostendeckungsprinzip sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Entscheidend ist, dass das Massnahmenpaket breit und zeitnah über die gesamte Verwaltung erarbeitet und präsentiert wird. Zum Schluss wünschen wir der Regierung eine gute Hand und weiterhin langen Atem bei der Bewältigung der Coronakrise. Danke vielmals für Ihren Einsatz.

Standespräsident Della Vedova: Grossrätin Baselgia, Sie haben das Wort. In diesem Zusammenhang: Für die Wortmeldungen bitte ich Sie, den rosaroten Zettel zu erheben. Das wird unsere Aufgabe erleichtern.

Baselgia-Brunner: Eine Ausnahmesituation darf nicht zur Normalität werden. Deshalb ist es gut, dass der Bündner Grosse Rat wieder tagt. Dass der Bundesrat und auch die Bündner Regierung in der Ausnahmesituation das Zepter übernommen haben, war richtig. Und man darf wohl sagen, dass sie das insgesamt sehr gut gemacht haben. Dabei muss man aber bedenken, dass mit den verfügbaren Massnahmen die Demokratie erheblich eingeschränkt wurde. Keine Parlamentssitzungen, keine Urnengänge, keine Gemeindeversammlungen und auch keine Kundgebungen. Die Demokratie aber ist ein hohes Gut in unserem Land. Deshalb ist die Rückkehr zur neuen Normalität so wichtig.

Wir als Parlament dürfen uns auch, oder eben gerade in Krisenzeiten nicht selber aus dem Rennen nehmen. Die SP-Fraktion ist, wie das auch schon der CVP-Fraktionschef in der Zeitung geäußert hat, klar der Meinung, dass es gesetzliche Anpassungen braucht, damit die Handlungsfähigkeit des Bündner Grossen Rats auch in Krisenzeiten sichergestellt ist. Die Bündner Regierung hat mit der Absage des Engadin Skimarathons noch vor dem nationalen Lockdown frühzeitig einen bedeutenden Entscheid zur Eindämmung des Virus bei uns in Graubünden gefällt. Der Liste mit den 57 Regierungsbeschlüssen in Zusammenhang mit Corona kann man entnehmen, dass die Regierung auch bereits zwei Tage nach dem Lockdown, an einem Sonntag, den Kantonalen Führungsstab in Funktion gesetzt hat. Dieser kantonale Führungsstab, wir haben es gehört, hat die Gemeinden, alle Gemeinden, jeden Tag mit Lageberichten schriftlich bedient. Die Regierung hat die Kommunikation mit der Öffentlichkeit sehr ernst genommen und deutlich hochgefahren, über die Homepage, mit Videopressekonferenzen, mit Social-Media-Videos des Gesundheitsministers, und mit Präsenz vor Ort in besonders betroffenen Regionen, und vielem mehr. Auch mit den Beschlüssen für verschiedene Unterstützungsmassnahmen hat die Regie-

rung frühzeitig wichtige Weichen gestellt. Ich denke da zum Beispiel an die ausserordentliche Finanzierungsunterstützung für die familienergänzende Kinderbetreuung, welche die Bündner Regierung einige Zeit vor dem Bund beschlossen hat.

Für all das verdient die Bündner Regierung unsere Anerkennung. Auch wenn vieles gut gelaufen ist, darf, ja muss eine kritische Auseinandersetzung zu den Beschlüssen und Massnahmen der Regierung durch das Parlament erfolgen. Wir erachten es als zentral, dass eine sorgfältige Aufarbeitung der vergangenen Wochen erfolgt, und dass daraus Schlüsse für kommende Ereignisse gezogen werden. Wie wichtig die Kommunikation über verschiedene Kanäle ist, haben wir in den letzten Wochen deutlich erlebt. Zu diesen wichtigen Kommunikationskanälen gehören auch Zeitungen, Radio, Fernsehen, und diese stecken gleich doppelt in der Krise. Fundierte Berichterstattung durch die Medien ist immer wichtig in einer Demokratie. Insbesondere aber in Krisenzeiten ist es entscheidend, ob faktenbasiertes Wissen oder Fakenews die Entscheidungen und das Verhalten der Menschen beeinflussen. Die Medien berichten aber nicht nur über die Krise, sie stecken selber in der Krise, nämlich in einer wirtschaftlichen Krise. Die schon vor der Corona-Krise zum Teil prekäre Lage der Medien wird durch das Wegfallen von Werbeeinnahmen deutlich verschärft. Die immer kleiner werdende Medienvielfalt ist eine echte, ernst zu nehmende Gefahr. Vor zwei Jahren hat der Grosse Rat den Auftrag Atanes überwiesen und die Regierung dazu verpflichtet, in einem Bericht aufzuzeigen, wie in Graubünden die Berichterstattung sicherzustellen ist. Da warten wir schon viel zu lange. Da muss jetzt dringend etwas passieren.

Deshalb meine Frage, ich nehme an, an Regierungsrat Parolini: Wann kommt dieser Bericht in den Grossen Rat? Meine Fraktionskollegen Wilhelm und Horrer werden sich zu anderen Themenbereichen noch zu Wort melden. Insgesamt aber möchte ich es wiederholen, dass die Krise hier in Graubünden bis jetzt recht gut gemeistert wurde. Dafür ist allen Akteurinnen und Akteuren herzlich zu danken. Der Bündner Bevölkerung ist für die riesige Solidarität und das Einhalten der vorgegebenen Regeln ein grosses Kompliment auszusprechen. Die Corona-Krise hat aber auch in Graubünden zu wirtschaftlich schwierigen Situationen und zu menschlich traurigen Schicksalen geführt. Das sind wir uns sehr bewusst, und das macht betroffen.

Noi-Togni: Allora, è lontana da me l'idea di rompere questo idillio fra il Gran Consiglio e Governo dicendo che è andato tutto benissimo perché così non è e perciò mi permetto di citare la nostra situazione del Moesano. Mi interessa moltissimo che certi errori possano essere corretti, o per lo meno si capisca di cosa si tratta, che lo capisca il Gran Consiglio e lo capiscano anche i membri del Governo. Perciò farò un breve riassunto di quel che è successo. Allora, lo farò in tedesco perché tutti lo capiscano.

Ich möchte kurz schildern, wie wir die Pandemie im Misox erlebt haben. Am 30. Januar 2020 wurden die ersten zwei Fälle COVID-19-Kranke in Italien gemeldet. Am 20. Februar 2020 waren in der Lombardei bereits 16

Fälle bekannt. Am Tag danach 60 und es gab die ersten Todesfälle. Bis zum 3. März 2020 waren in der Lombardei 108 Menschen an oder mit COVID-19 gestorben. Also, ich bin wach geworden am Morgen, dieser Morgen, der 3. März 2020, und ich hörte im Radio, in der Lombardei gab es 108 Tote und ich sprang aus dem Bett und dachte «Mein Gott, jetzt habe ich die Dimension. Die Pandemie ist da, ist vor unserer Türe, was machen wir?» Und ich hatte wirklich Angst. Im Tessin registrierte man den ersten Kranken am 25. Februar 2020. Dann vermehrten sich rasch die Fälle und auch die Verstorbenen. Nach Meldungen der letzten Woche zählt das Tessin insgesamt 350 Tote und Italien weit über 34 000 Tote.

Im Misox ist die Statistik sehr schwierig zu erstellen, weil mehrere Leute den Haushalt im Tessin haben und in den Pflegeheimen auch Bewohner und Bewohnerinnen aus dem Tessin sich pflegen lassen. Heute nennt man offiziell eine Gesamtzahl von 15 Todesfällen und 108 Kranken. Klar, bei den Todesfällen kann man schon wissen, von wo. Also, auf Gemeindeebene weiss man es. Aber ich bin noch nicht fündig geworden, ob wirklich alle diese Todesfälle im Misox waren oder auch Leute, die nicht im Misox waren. Also, es ist schwierig. Anfang März 2020 machte sich bei uns die Angst breit durch die Meldungen der raschen Verbreitung des Virus. Sie stieg dann sukzessiv durch die Geschehnisse in Bergamo am 18. März 2020, wo die Leichen mit den Militärwagen abtransportiert wurden. Das hat bereits unser Landespräsident zitiert in seinem Interview am Sonntag. Das hat sehr grossen Eindruck gemacht, und das, weil es keinen Platz mehr gab. Bei uns begannen sich die Zeitungen mit Todesanzeigen zu füllen. Dies obwohl in Anbetracht der Geschehnisse in der Lombardei der Kanton Tessin schon Ende Februar 2020 bestens vorbereitet der Pandemie gegenüberstand. Jeden Tag informierten und instruierten die Regierung und der Kantonsarzt des Tessins die Bevölkerung via Radio und Fernsehen. Es wurden Massnahmen getroffen, nötige Verbote ausgesprochen inklusive das der Sperre. Ich finde, wenn es um Leben und Tod geht, kann man befehlen, dass die Leute zu Hause bleiben müssen. Das ist meine persönliche Meinung. Und man traut sich, auch ohne Bewilligung der Berner Regierung, Massnahmen, welche die Wirtschaft getroffen hatten, zugunsten der Allgemeinheit zu entscheiden. Ich beobachtete auch mit Sorge, was lief. Die Gefahr war sehr nahe, da die Grenze zum Tessin durch unser Tal verläuft. Aus der Lombardei kommen zu uns viele Grenzgänger, 160 nur in San Vittore. Die hat man einen Moment gestoppt. Also Sie wissen, wo wir liegen. Wir liegen im Tessin, tatsächlich.

Bereits am 23. Februar 2020, mit Wiederholung am 26. Februar 2020, adressierte ich eine Bitte an unsere Regierung, Regierungsrat Peyer, ich rede auch zu ihm, weil es ist klar, mein Interesse ist die Sanität. Wir sollten die Erlaubnis erhalten, das Gleiche zu tun wie das Tessin. In Anbetracht der Situation und der geografischen Lage wäre für das Moesano nichts Anderes richtig gewesen, auch weil unsere COVID-Kranken in die Tessiner Spitäler hätten gebracht werden müssen. Grund genug, um die gleiche Prävention zu machen wie das Tessin, wo ein Zusammenbruch der Spitalstrukturen befürchtet wurde.

Wir wollten nicht noch mehr Kranke produzieren durch nicht korrekte Prävention. Mein Verlangen in Chur wurde zurückgewiesen. Ich würde sagen auch in verachtendem Ton, aber das bin ich gewohnt, und die Behörden im Misox unternahmen nichts.

Endlich kam am 12. März 2020 der Katastrophenbeauftragte Martin Bühler nach Roveredo und deklarierte den Ausnahmezustand oder «situazione speciale» für unsere Region. Wir hätten machen dürfen, was das Tessin machte, sagte er im Radio am selben Tag. Es wurde ein Führungsstab für das Misox gebildet, aber die Regierung des Kantons Graubünden nahm die Versprechung von Herrn Bühler zurück, ich weiss nicht warum, was die Gleichheit mit dem Tessin anbelangt. Sicher ist, dass unser Kanton mit den Schutzmassnahmen im Vergleich zum Tessin einen Monat im Rückstand war, was von den Leuten an der Front via Fernsehen bestätigt wurde. Material über Schutzmasken, sogar ein Beatmungsapparat, wurde mir heute gesagt, fehlten oder es war nicht genug vorhanden beim Rettungsdienst und in den Pflegeheimen. Betreffend die letzteren sind sogar bei Todesfällen Anzeigen eingereicht worden. Dass es sich nicht noch schlimmer entwickelt hat, ist der sehr guten Arbeit des Rettungsdienstes des Misox zu verdanken und der Tatsache, dass unsere Leute die Instruktionen aus dem Tessin sehr gut angehört und verfolgt haben. Also das ist, was gelaufen ist und ich habe die Situation hautnah und ständig beobachtet. Wie gesagt: Ich habe Verständnis, es war eine komplexe Situation, auch sehr schwierig für die Regierung und ich schätze, dass effektiv die Anweisungen immer in unserer Sprache eingetroffen sind, aber es ist für mich ein Rätsel, dass in einer solchen Situation man sich nicht den Weg auch einfacher machen kann für die Regierung, wenn man sagt: Wir delegieren dem Tessin die Prävention und Massnahmen auch für Graubünden, also wenigstens, was man kann. Und in einer Pandemie, in einer solchen Situation, denke ich, sollte das erlaubt sein. Weil, was ist wichtig? Wichtig ist, dass wir die Leute retten können. Und wenn man auch immer sagt: Ja, es sind Pflegeheime, Leute sind in den Pflegeheimen gestorben, wir wissen alle, dass wir sterben müssen, wir wissen das alle. Aber die Art und Weise, wie die Leute sterben mussten in dieser Situation, vor allem in unserer Kultur, ist natürlich sehr, sehr schmerzhaft gewesen, für sich selber, allein, verlassen, und für die Familien, für die Verwandten. Ich hoffe, man kann etwas verbessern. Ich spreche der Regierung nicht den guten Willen ab, aber man muss auch zuhören, weil sonst wird man das nicht verbessern können, was geschehen ist.

Standespräsident Della Vedova: Wir schalten nun eine Pause ein. Kaffee oder Getränke erhalten Sie im Gang zu meiner Linken. In der Pause ist es kostenlos respektive wird mittels Abzug von den Verpflegungsspesen abgegolten. Wenn Sie ausserhalb der Pause einen Kaffee trinken wollen, müssen Sie diesbezüglich bezahlen. Wir fahren um 16.25 Uhr weiter.

Standespräsident Della Vedova: Wir fangen an. Das Wort erhält Grossrat Aebli.

Aebli: Erlauben Sie mir ganz kurz, ein paar Worte zu dieser Ausgangslage als Präsident der Region Maloja zu sagen. Wie wir gehört haben, war ja Corona auch bei uns sozusagen ein Hauptthema in der letzten Zeit. Nicht zuletzt dessen, dass wir als Hotspot bezeichnet wurden, was natürlich in Tat und Wahrheit, wenn man die Fallzahlen anschaut, auch richtig war. Hervorheben möchte ich aber trotz all den Schwierigkeiten, die wir hatten in dieser anspruchsvollen Zeit, die gute Zusammenarbeit mit dem Kanton. Insbesondere mit dem Team von Martin Bühler, aber auch mit den Vertretern der Regierung, die unsere Region zweimal besucht haben, um einen Austausch zu treffen. Das war sehr gut, sehr informativ und ich möchte mich hier stellvertretend für die Gemeindepräsidenten aus Südbünden für diesen Effort bedanken.

Was sehr herausfordernd war und vielleicht auch als Lehre dann zum Ausdruck kommt, wenn Regierungsrat Peyer seinen Bericht dazu verfasst, war die Zusammenarbeit mit den Medien, insbesondere mit den Medien aus dem südlichen Teil der Schweiz und auch aus Italien. Dort wurde sehr viel geschrieben, nicht immer sehr Gutes geschrieben und es wurde auch sehr viel Angst verbreitet, was nicht nachvollziehbar war. Natürlich war die Situation herausfordernd für alle, die betroffen waren. Aber es wurden wie schon bekannt auch viele Unwahrheiten und Sachen verbreitet, die eben nicht den Tatsachen entsprachen. Dies führte dann zu Verunsicherung auch bei uns in der Bevölkerung. An dieser Stelle noch einmal recht herzlichen Dank auch für die Information bei uns, die dann sehr zielgenau und richtig rübergekommen ist. Ein weiteres Thema war auch das Gesundheitswesen bei uns. Wir hatten ja über 200 Fälle in der Region Maloja. Bezogen auf die Einwohnerzahl kommen wir dann bei Fallzahlen in die Nähe von Mailand und Bergamo, wenn man das umrechnen würde und ich glaube schon, dass das eine grosse Herausforderung für unsere Gesundheitsregion war. Aber, und das muss man ganz klar zum Ausdruck bringen, mit Unterstützung des Kantons hat unser Spital in Samedan einen sehr guten Job gemacht. Wir waren nie an den Kapazitätsgrenzen. Wir haben diese Herausforderung sehr gut gemeistert mit der ganzen Unterstützung von Südbünden insgesamt, auch von Scuol und aus dem Bergell wurden wir tatkräftig unterstützt und das ist sicher lobenswert hier zu erwähnen und auch einen grossen Dank an diese Mitarbeiter, die da wirklich viel geleistet haben. Zudem muss man hier auch eine Klammer öffnen. Viele dieser Mitarbeiter kamen aus Italien, sind Grenzgänger und hatten da wirklich viele Erschwernisse auf sich zu nehmen, damit sie unsere Leute pflegen konnten.

Ein zweiter Punkt, den ich noch erwähnen möchte, der ist vielleicht jetzt ein bisschen nicht so positiv wie das Gesundheitswesen, das war am Anfang die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, insbesondere auch die Zusammenarbeit Kantonspolizei mit der Gemeindepolizei von St. Moritz und Pontresina. Da gab es am Anfang ein paar Diskrepanzen. Die konnten dann aber dank der Unterstützung des Kantons bereinigt werden. Da könnte man vielleicht auch im Rückblick ein paar Sachen besser machen, ein paar Kompetenzen früher regeln, das hätte sicher zum besseren Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Aber insbesondere, und das meine ich wirklich so, wie ich es sage, war die Zusammenarbeit mit dem Kanton sehr gut, sehr erfolgreich, und ich möchte mich auch als Präsident der Region Maloja für diese Zusammenarbeit noch einmal bedanken.

Wilhelm: Ich glaube, auch mein Votum muss und will ich beginnen mit dem Gedanken bei jenen, die Angehörige verloren haben und auch an jene, die heute noch in Lebensgefahr schweben oder auch in existenziellen Nöte geraten sind. Aber natürlich auch mit dem Dank, wie er häufig schon geäußert wurde, an alle, die ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Wir haben es gehört, trotz dem Bedarf sicher auf Nachbearbeitung in den betreffenden Punkten haben wir alles in allem in Graubünden und in der Schweiz die Pandemie bis anhin vergleichsweise sehr gut überstanden. Ich fand es auch an sich beeindruckend, dass wir ohne eine komplette Ausgangssperre, wie sie in Nachbarländern denn doch zeitweise Usus waren, das Abflachen der Ansteckungskurve erreichten und zumindest vorübergehend und natürlich unter Vorbehalt eines erneuten rasanten Anstiegs der Ansteckungen die ärgsten Massnahmen lockern konnten. Und ich finde es wichtig, dass wir auch versuchen festzuhalten, wie wir das geschafft haben. Und ich glaube, wir haben das im Besonderen deswegen geschafft, weil wir als Gesellschaft, als Staat, solidarisch waren. Weil wir zusammenstanden als eine Gesellschaft, nicht jeder für sich, indem wir auf unsere gemeinsamen, öffentlich finanzierten Institutionen zählen durften, auf unsere Verwaltung zählen durften, auf funktionierende und rasch ausbaufähige Sozialwerke zählen durften. So konnten wir nicht nur Risikogruppen schützen, sondern wir konnten auch jene unterstützen, die wirtschaftlich am meisten unter der Krise leiden. Das sind Menschen, die z.B. auf Abruf oder im Stundenlohn arbeiten oder Selbstständige mit unregelmässigen Einkommen, das lokale Gewerbe, und natürlich wird es sicher auch hier nach wie vor da und dort Verbesserungsbedarf geben, den wir auch in dieser Session thematisieren wollen. Gut ist aber sicherlich, dass es nun eben auch den Härtefallfonds gibt, den wir ja überparteilich zusammen mit der BDP und der CVP forderten und den die Regierung zwar nach einigem Zögern, aber jetzt doch noch ins Leben rief. Und ich glaube, dass die Schlüssel, die eben in der Krisenbewältigung richtig waren auch die Schlüssel werden, mit denen wir aus der Krise kommen. Starke öffentliche Institutionen, eine entschlossene, gemeinsame und solidarische Politik, ich glaube das werden auch die Schlüssel sein, eben, wie wir aus dieser Krise kommen und vor allem auch, wie wir die nächste grosse Krise gemeinsam bekämpfen können, nämlich die, die schon lange auf uns zurast, die Klimaüberhitzung. Ich glaube, es wurde auch schon zwei-, dreimal angetönt, es wird Investitionen brauchen, die unsere Betriebe, unsere Bevölkerung dabei unterstützen, die grossen anstehenden Herausforderungen nach der Krise zu meistern. Und ich finde es ist sehr gut, dass wir hier, nicht in diesem Saal, aber in anderen Sälen, bereits vor der Krise, glaube ich, wichtige Gefässe geschaffen haben, wichtige Wege eingeschlagen sind.

Ich rede einerseits vom Digitalisierungsschub, den wir vor zwei Jahren hier in Chur angestossen haben und dann diese Woche definitiv in einem Fonds alimentieren können und ich rede auch vom Green Deal für Graubünden, den wir vor fast genau einem Jahr in Pontresina überwiesen haben. Ich glaube, wo andere und offenbar auch die Regierung auch nach gewissen Gefässen sucht und darüber sinnieren, haben wir in wichtigen Bereichen, in Bereichen, die grosse Herausforderungen für die Zukunft sind, bereits richtig vorgespurt. Wichtig wird sein, diese Gefässe konsequent mit genügend Mitteln zu versehen, um unserer Wirtschaft die Chance zu geben, wieder fit zu werden. Ich glaube aber, die Krise führte uns einige ganz ganz grobe Baustellen sehr schonungslos vor Augen. Wir haben sehen müssen, wie ungleich und ungerecht die Chancen teilweise immer noch verteilt sind. Wir haben gesehen, was «systemrelevant» wirklich bedeutet, wer wirklich systemrelevant ist. Es sind die Menschen in Branchen wie Logistik, wie Transport, es sind Menschen die uns pflegen, die für uns putzen, die unsere Kinder betreuen oder sie unterrichten, Menschen an der Kasse oder Menschen die Gestelle auffüllen. Menschen in der Sozialarbeit und solche bei den Sicherheitskräften. Ihre Arbeit hält unseren Laden am Laufen und damit ist eben auch gesagt, wer den Laden hauptsächlich am Laufen hält den genau in diesen Berufen sind es die Frauen die dort die Mehrheit der Arbeit erledigen. Und es waren übrigens auch die Frauen, die in der Krise noch stärker als sonst die unbezahlte Care-Arbeit machten als die Kinder weder zu den Grosseltern noch in die Kitas oder zur Schule gehen konnten. Gestern war Jahrestag des letztjährigen Frauenstreiks und ich glaube die COVID-19-Krise zeigte mit erschrecklicher Deutlichkeit, wie legitim der Frauenstreik und unsere Forderungen sind. Aus der Krise lernen heisst deshalb auch, mehr Respekt, mehr Lohn und mehr Wertschätzung gegenüber den Menschen in diesen Berufen. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen etwa bei der Kinderbetreuung und endlich auch beim Gesundheitspersonal, gerade in der Pflege. Sie müssen sich vorstellen: Das Gesundheitspersonal, das sich jetzt an die Front stellte, das in kurzer Zeit, Kapazitäten hochgefahren hat, auf einen Teil ihrer Arbeitsrechte verzichten musste und nicht genau wusste, wie gross dann eine allfällige Welle war, die auf sie zukam. Aber sie waren bereit und sie standen da, ob schon sie seit Jahren auf ihre widrigen Arbeitsbedingungen hinweisen, auf einen eigentlichen Pflegenotstand hinweisen. Und genau diese Leute haben bis heute keinen GAV.

Ich finde das, und auch die SP Fraktion, absurd und ich erlaube mir, hier eine Geschichte kurz zu erzählen. Als wir nämlich 2012 in meiner Heimatgemeinde unser Spital in eine Aktiengesellschaft umwandeln und über die Statuten debattierten. Es war einer meiner ersten Anträge im Gemeindeparlament. Ein Antrag, dass man GAVs vorsehen müsse. Er wurde bekämpft und letztlich abgelehnt und zwar mit dem Hinweis, man müsse eine kantonale Lösung finden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind acht Jahre vergangen und wir stehen ein bisschen nach der Corona-Krise und wir haben immer noch keine Gesamtarbeitsverträge für das Gesundheitspersonal. Wann wenn nicht jetzt, ist es aber Zeit für

mehr Anerkennung, für die wirklich systemrelevanten Berufe, für mehr Solidarität in der Gesellschaft, für mehr Gerechtigkeit und für echte Gleichstellung. Wir von der SP-Fraktion werden im Verlauf der Session entsprechende Vorstösse einreichen, für bessere Anstellungsbedingungen beim Bündner Gesundheitspersonal und bei der Kinderbetreuung und selbstverständlich hoffen wir dann auch auf Ihre Unterstützung.

Hug: Wir haben nun detaillierte Informationen aus sämtlichen Departementen erhalten. Es zeigt uns die eindrückliche Breite auf, mit welcher sich die Regierung und Verwaltung zu beschäftigen hatte. Ich verzichte bewusst auf Wiederholungen und konzentriere mich im Wesentlichen auf die Lehren aus der Krise. Die Regierung hat zu Beginn der sogenannten Corona-Krise, die Macht ergriffen und unmittelbar Entscheide gefällt. Dafür bin ich ihr dankbar. Bei einem schnell eintreffenden Ereignis mit einem grossen Schadensausmass ist genau das ihre Aufgabe. Unser Kanton war zu diesem Zeitpunkt gut beraten. Doch die Phase, in welcher unter dem Begriff des Notrechts regiert wird, darf keinen Tag länger als zwingend notwendig andauern. Und dieser Zeitpunkt wurde verpasst. Selbstverständlich ist mir klar, dass die Kantonsregierung zu diesem Zeitpunkt an die Vorgaben des Bundes gebunden war. Inwiefern sich unsere Regierung in Bern für entscheidende Lockerungen eingesetzt hat, kann ich nicht beurteilen. Zudem hat sich die Legislative unseres Kantons, der Grosse Rat, selbst aus der Verantwortung genommen. Nach der Absage der Aprilsession 2020 wurde keine Eventualplanung für eine sofortige Sondersession angeordnet. Man entschied sich für zwei zusätzliche Sessionstage anlässlich der heutigen Junisession. Notabene 13 Wochen nach Anordnung des Lockdowns. Als Grossrätinnen und Grossräte haben wir doch den Anspruch Vorschläge der Regierung zu diskutieren, zu korrigieren oder auch gut zu heissen. Nun aber sind wir gezwungen, diese rückwirkend zur Kenntnis zu nehmen. Kein gutes Signal an eine Bevölkerung von der die Politik viel Entbehrung und gleichzeitig ein hohes Mass an Eigenverantwortung abverlangt. Als Gemeindepräsident kann ich bestätigen, dass die Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Führungsstab KFS bestens funktioniert hat. In einer ausserordentlichen Lage ist dies die Grundlage einer jeder kommunalen Entscheidung. Denn im Unterschied zur normalen Lage, kann ich nicht versuchen meine Gemeinde durch eigene Ideen besser zu positionieren. In der ausserordentlichen Lage ist das exakte Gegenteil gefragt, nämlich Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und eine einheitliche Praxis der übergeordneten Massnahmen.

Zusammenfassend möchte ich drei persönliche Erkenntnisse aus der Krise mitnehmen. Erstens, der Vergleich mit unseren Nachbarn. Ohne Hochmut kann festgehalten werden, unsere kantonalen und kommunalen Institutionen haben funktioniert. Ja sie haben in vielen Bereichen sogar sehr gut funktioniert. Viele innovative Leistungsträger aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung haben es verstanden, nicht über die Krise zu jammern, sondern sie teilweise sogar als Chance zu nutzen. Und das Wichtigste: Im Kanton Graubünden, nahm niemand Schaden

durch eine medizinische Unterversorgung. Dafür gebührt allen Beteiligten grossen Dank.

Zweitens, die Zeit des Geldverteilens ist vorbei. Das schnelle und unkomplizierte Vorgehen von Regierung und Verwaltung, war auch im Bereich der finanziellen Entschädigungen zu Beginn der Krise notwendig. Manch ein Arbeitsplatz konnte durch diese Massnahme gerettet werden. Nun ist es aber ebenso entscheidend, schnell wieder optimale Rahmenbedingungen zu schaffen statt weitere Steuergelder zu verteilen. Denken Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte auch bei Anträgen auf weitere Hilfskredite an dieser Session daran.

Drittens, wir sind Vertreter einer unglaublich vernünftigen Gesellschaft. Eine Pandemiebewältigung ohne Ausgangssperren, dies ist nicht auf jedem Fleck dieser Erde möglich. Umso entscheidender ist es, dass sich der Staat mit Einschränkungen der persönlichen Freiheit sehr defensiv verhält. Regierungsrat Peyer hat ausgeführt, dass die Bündner Kantonspolizei in Anführungszeichen nur 16 000 Franken durch Bussen eingenommen hat. Er führt das auf eine zurückhaltende Praxis der Polizisten zurück. Kompliment, sehr gut gemacht. Es hat aber sicher auch damit zu tun, dass in unserer Gesellschaft ein äusserst hohes Mass an Eigenverantwortung vorherrscht. Strapazieren wir diese Geduld unserer Bevölkerung also nicht mit teilweise fragwürdigen staatlichen Vorgaben. Und glauben Sie mir als Gemeindepräsident, es gibt in unserer Gesellschaft einen nicht unerheblichen Teil, welcher in den vergangenen Wochen Schaden genommen hat. Ich denke da beispielsweise an Arbeitnehmer mit Existenzängsten durch einen plötzlichen Arbeitsverlust. Ein Unternehmer mit Existenzängsten durch einbrechende Umsätze, an ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger in grosser Einsamkeit und nicht zuletzt an Kinder und Jugendliche in schwierigen Familienverhältnissen. Bedenken wir bei allen unseren Entscheidungen auch deren Interessen. Die Bündner SVP wünscht allen Entscheidungsträgern auch in Zukunft eine gewisse Besonnenheit im Umgang mit Einschränkungen. Wenn die Bevölkerung spürt, dass keine angeordnete Einschränkung auch nur einen Tag länger als notwendig andauert, wird sie die Entscheidung mittragen. Und allen betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danke ich für das Vertrauen in Ihre gewählten Volksvertreter und Ihre Geduld mit gewissen politischen Entscheidungen.

Pfäffli: Ich war in den vergangenen drei Monaten das Exekutivmitglied im Gemeindeführungsstab, und das in einer Gemeinde, wo die COVID-19-Pandemie doch diverse und hochkomplizierte Herausforderungen gestellt hat, und ich möchte deshalb zu sechs Themenkreisen kurz etwas zu Ihnen sagen. Zuerst zur Politik. Ich möchte an dieser Stelle dem Bundesrat, aber auch der Bündner Regierung, herzlich danken. Sie haben diese Krise aus meiner Sicht wirklich gut gemanagt. Ich danke auch den beteiligten Stäben. Auch sie haben ihre Arbeit gut gemacht. Klar, wenn man so viele Entscheidungen, so heftige Entscheidungen, innert aller kürzester Zeit fällen muss, kann es sein, dass im Nachhinein die eine oder andere relativiert werden kann. Das sind jedoch Stellschrauben, die wir heute genau anschauen müssen und einfach die Lehre für die Zukunft daraus ziehen

müssen. Es ist eben nicht der Grund, Vorwürfe zu machen. Weniger erfreut bin ich über die Haltung oder das Selbstverständnis der Parlamente auf Bund, Kanton und in den Kommunen in den vergangenen drei Monaten. Aus meiner Sicht sind viele Parlamentarier zu schnell verschwunden, waren zu lange unsichtbar und kommen jetzt hervor, wissen alles besser und haben Lösungsvorschläge zu allem und jedem, das günstiger, besser und erfolgreicher sein soll. Hier müssten die Parlamentarier an ihrem Selbstverständnis arbeiten und Selbstkritik üben.

Das Zweite sind die Gemeinden. Ich habe festgestellt, ob das die COVID-Verordnungen des Bundes waren oder die Regierungsbeschlüsse hier im Kanton Graubünden, einen Satz konnte man sehr oft vorfinden: Für die Umsetzung und die Kontrolle sind die Gemeinden verantwortlich. Also genau diese Staatsebene, die der Bund und die Kantone in den vergangenen Jahren immer mehr Kompetenzen weggenommen haben und genau diese Staatsebene, die auch freiwillig auf Kompetenzen und Verantwortungen verzichtet hat oder diese delegiert haben. Die Erfahrung von mir aus diesen drei Monaten ist: In Zukunft gilt es, die Gemeinden wieder zu stärken. Zentralisierungsbestrebungen bei der Einwohnerkontrolle, im Gesundheitswesen oder bei der Polizei sind nicht mehr angebracht. Die Gemeinden sind zu stärken, dass sie, falls wieder so eine Krise kommt, in Zukunft agieren und reagieren können, und das mit viel Kraft. Zum Dritten, zur Gesellschaft. Wenn man gesehen hat, wie in einer Gemeinde Leute gestorben sind, die man über 50 Jahre gekannt hat, dann beelendet es einem, wenn man hört, dass durch diese COVID-19-Pandemie nur Leute mit Vorerkrankung oder Senioren gestorben sind. Und ich finde es auch unerträglich, wenn ich höre, dass man Abwägungen macht, Menschenleben gegen wirtschaftliche Folgen. Hier ist die Gesellschaft gefordert, aufgrund dieser Pandemie zu handeln. Der Vertrag und der Zusammenhalt zwischen den Generationen ist zu stärken und zu leben. Jedes Leben zählt, egal, ob es seinen Arbeitseinsatz im Leben geleistet hat, ob es als Konsument nicht mehr dem Mainstream des Konsums entspricht oder als Erkrankter die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien belastet. Hier ist Handlungsbedarf angezeigt.

Ich komme zur Sicherheit. Beim vorgehenden Punkt der Gesellschaft habe ich gesehen, wie die Parlamentarier der SP-Fraktion zum Teil mit dem Kopf genickt haben und mir zugestimmt haben. Ich komme zur Schweizer Armee, und da nehme ich Sie in eine ganz andere Pflicht. Sie waren doch diejenige Partei, die in den vergangenen Jahren stets die Abschaffung der Schweizer Armee gefordert haben. Hand aufs Herz: Was hätten wir in dieser Zeit gemacht, wenn wir eine Armeepothek nicht gehabt hätten, oder wenn wir auf die Spitalbataillone als wirklich sinnvolle und gute Reserve für das Schlimmste nicht hätten zählen können? Und wenn ich dann aus Ihrer Reihe, auch auf Bundesebene, sehe, wie belächelt wird, dass teilweise Soldaten, die im Dienst waren, nur herumgestanden sind und dies als Zeichen dafür gewertet wird, dass es eine Armee nicht braucht, dann möchte ich Ihnen einfach sagen: Ich bin sehr froh, dass diese Soldaten nur rumgestanden sind. Die Alterna-

tive wäre nämlich gewesen, dass sie wie in Nachbarländern Särge auf Autos, auf Lastwagen verladen hätten müssen und diese in der Schweiz herumtransportiert hätten. Sie hätten diese Arbeit gemacht ohne zu murren, und für das gehört der Schweizer Armee an dieser Stelle ebenfalls ein grosses Dankeschön.

Zum Gesundheitswesen kann ich mich kurzfassen. Hier wurde eine hervorragende Arbeit geleistet, eine vielfältige Arbeit. Der Dank von uns allen soll ihnen gewiss sein. Und dann komme ich zum letzten Themenkreis. Es ist die Wirtschaft. Es ist so, dass der Bund betreffend die Kurzarbeitsentschädigung und betreffend die Liquiditätshilfe der Schweizer Wirtschaft sehr grosse Hilfe geleistet hat. Klar kommt es zu Missbrauchsfällen, aber ich möchte hier einfach sagen, wenn fünf Prozent einen Missbrauch begangen haben, aber 95 Prozent von Unternehmen dadurch in die Zukunft gerettet werden konnten und den Weg in die Zukunft gesichert werden konnte, waren es doch absolut die richtigen Massnahmen. Der Bündner Regierung möchte ich auf den Weg geben, dass sie bei den jetzigen Massnahmen, die sie plant, einfach auch die Zukunft nicht vernachlässigt. Der Bund hat die Vergangenheit sehr gut finanziell abgesichert. Wir wissen aber nicht, kommt eine zweite Welle oder wie lange hält die Unsicherheit an, bis ein wirkungsvolles Medikament oder ein wirkungsvoller Impfstoff gefunden wird. Für diese Zeit, die wir nicht wissen, wie lange sie ist, sollte die Bündner Regierung die entsprechenden Massnahmen treffen, damit die Wirtschaft hier auch wieder profitieren und unterstützt werden kann. Meine Berufskollegen, die Unternehmer, bitte ich einfach, sie sollten momentan nicht zu fest jammern und trauern, was in der Vergangenheit alles nicht möglich war, sondern sie sollten sehen, was jetzt wieder möglich ist. Der Beruf sollte Berufung für einen Unternehmer sein, gerade in der jetzigen Zeit, und die Krise, sie ist verdammt schwierig, das ist so, aber sie kann auch eine Chance sein, eine Chance, die es zu nützen gilt. Stellen wir uns als Unternehmer die Frage, ist Qualität eventuell nicht sinnvoller als Quantität? Und ist Schnelligkeit nicht weniger sinnvoll als Nachhaltigkeit? Und muss es immer günstig sein, oder kann nicht etwas auch einen Wert haben?

Papa: Dobbiamo restare uniti, insieme ce la faremo. Questo è stato e continua ad essere il messaggio di fiducia che le autorità federali, ripreso poi dalle autorità cantonali e regionali, hanno voluto lanciare alla popolazione, ponendo l'accento sull'impegno comune contro il coronavirus, nemico invisibile, perfido e ancora poco conosciuto, e il grande sforzo degli operatori sanitari e delle strutture ospedaliere sostenute dalle autorità cantonali e comunali. Le zone più colpite dai contagi nel nostro Cantone sono state la Regione Plessur, la Regione Maloja e le valli del Grigioni italiano. Noi del Moesano abbiamo avuto molti contagiati, 15 persone decedute, delle quali 12 nelle case per anziani. La gestione di questa crisi nella nostra Regione è stata buona. Lo stato maggiore, a cui vanno gli elogi, ha strettamente collaborato con il Governo e con tutte le autorità cantonali in modo professionale, ha saputo gestire molto bene l'evolversi della situazione di contagio. Un grazie particolare va pure a Martin Bühler per la sua sensibilità e per la sua

professionalità. In quanto a creare una finestra di crisi nel Moesano, non è proprio come ha comunicato pocanzi la granconsigliera Noi-Togni. È stato giusto e coerente e ponderato da parte del Governo grigione di non istituire le stesse restrizioni come ha fatto il Cantone Ticino. Il nostro stato maggiore, in accordo con il Governo, ha voluto, dopo aver donato dei controlli a tappeto in fatto di sicurezza sanitaria, controlli fatti anche dalla polizia alla quale va il nostro ringraziamento, ma anche da parte della maggioranza degli imprenditori del Moesano e da parte di molti aderenti dell'associazione arti e mestieri locale. È stato giusto anche perché si è restituita una stretta collaborazione tra il nostro Governo e quello del Cantone Ticino e uno scambio giornaliero di informazioni.

Im Bereich Informationen in italienischer Sprache: Unsere Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls etwas verängstigt und beunruhigt über die Entwicklung der Ansteckungen waren, verfolgten die täglichen Informationen der Tessiner Regierung, und des Kantons Tessin über das Radio und das Fernsehen der italienischen Schweiz. Die Regierung des Kantons Graubünden hatte lediglich spärliche Informationen in italienischer Sprache verbreitet: die Zahl der Infektionskranken, der hospitalisierten Personen und der Todesfälle angegeben. Informationen teilweise verzögert, sodass in der Bevölkerung eine Zivilisation der Unsicherheit und Ungewissheit herrschte, und deshalb fragten sich viele, warum sollen wir nicht die Restriktionen wie im Tessin einführen. Erst nach mehreren Anfragen verstand unsere Regierung endlich die Bedeutung der täglichen Informationen und beschloss, die Bevölkerung mit Streaming-Sendung zu informieren unter Einbezug des Kantonsarztes und einer Person, die sich als kompetent und sehr überzeugend in ihrer Ausführung erwies.

Aus meiner Sicht haben wir trotzdem diese Pandemie gut bewältigt. Es wurden Fehler gemacht, aber die Konsequenzen müssen daraus gezogen werden. Ich erlaube mir jedoch, die Regierung wegen einiger Mängel zu kritisieren, die vermieden hätten werden können. Ich möchte Regierungsrat Peyer auf folgende Punkte hinweisen und um eine Stellungnahme bitten. Mangel an Informationen in italienischer Sprache: Die Regierung des Kantons Graubünden hätte unverzüglich eine umfassende und regelmässige Information der Bevölkerung auch über Radio und Fernsehen in die italienische Schweiz einführen sollen, wie übrigens die Regierung an der Sitzung in San Bernardino mit dem Generalstab und den Politikern der Region Moesa versprochen hatte. Die Regierung hätte den Kantonsarzt von Anfang an um eine regelmässige aktuelle Information und spezifische Richtlinien im Bereich der Medizin und des Gesundheitsverhaltens bitten sollen. Meiner Meinung nach ist ein Techniker in solchen Fällen glaubwürdiger als ein Politiker. In Bezug auf unsere Altersheime, in denen wir im Bezirk Moesa, wie bereits gesagt, 12 von 15 Todesfälle hatten, ist es nicht verständlich, warum nicht von Anfang an ein System mit regelmässigen Tests für das gesamte Gesundheitspersonal der Altersheime eingerichtet wurde, und warum nicht sofort Schutzmasken an das gesamte Gesundheitspersonal verteilt wurden. Vielleicht hätten wir weniger Ansteckungen, und weniger Todesfälle

wären eingetreten. Nicht alle Verstorbenen hatten so schwere Vorerkrankungen, wie man uns einfach glauben machen will. Danke für die Stellungnahme.

Cavegn: Ich bin dankbar, dass Sie mich auch noch entdeckt haben hier hinten. Ich weiss, ich bin etwas weit weg und ich überlege mir auch, die Session über den Livestream zu verfolgen, da ich Sie eigentlich dort fast besser sehe. Nun, wie die gesamte Schweiz, ja eigentlich die ganze Welt, hat Graubünden eine bewegte Zeit hinter sich. Nachdem wir Anfang Jahr das Ausmass der Änderungen noch nicht wirklich wahrgenommen haben, wurden auch wir von der Krise überrascht. Der Bundesrat hat Mitte März die ausserordentliche Lage erklärt und einschneidende Beschränkungen des öffentlichen Lebens, ja, der Bewegungsfreiheit, angeordnet. Auch in unserem Tourisuskanton wurden viele Betriebe hart getroffen. Die Restaurants und die meisten Geschäfte mussten schliessen, der Wintertourismus musste den Betrieb einstellen, alle Schulen wurden geschlossen. Wir Bündnerinnen und Bündner wurden von einem Tag auf den andern mit einem völlig anderen Alltag konfrontiert. Abgesehen von der Angst, was gesundheitlich auf uns zukommen würde, war Knall auf Fall auch eine Angst vorhanden, was wirtschaftlich auf uns zukommen wird. Die Krise hat Graubünden in einer eigentlich guten Phase getroffen, der Winter war gut verlaufen, die Wirtschaft war ebenfalls auf Kurs, unser Kanton weist sehr gute Finanzen auf, die Arbeitslosenzahlen waren niedrig wie selten zuvor.

Gefordert waren zu Beginn der Pandemie die politischen Instanzen, Gemeinden und Kanton hatten sich mit dieser aussergewöhnlichen Situation auseinanderzusetzen. Was am Anfang noch wie ein Wildwuchs ausgehen hat, da jede Gemeinde und jeder Kanton andere Massnahmen vorgeschlagen oder interpretiert hat, wurde nach der bundesrätlichen Verordnung vom 13. März wesentlich anders, da der Bundesrat mit der COVID-19 Verordnung 2 letztlich die Zügel an die Hand genommen hatte. Umzusetzen waren die bundesrechtlich verfügbaren Massnahmen aber von der Regierung und der kantonalen Verwaltung, und natürlich auch von den Gemeinden. Und ich glaube, dies heute sagen zu können, und ich freue mich auch, unsere Behörden haben die Sache meines Erachtens sehr gut gemacht, auch wenn ihre Arbeit nicht einfach gewesen war und oft auch Erklärungen und Verständnis gefordert hatte. Rückblickend gesehen ist es wohl einfacher, die Arbeit der Regierung und der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden zu bewerten und auch in der Rückschau auf Fehler aufmerksam zu machen. Letzteres ist dringend auch notwendig, und es ist ja geradezu erforderlich, um sich zu verbessern. Dies auch im Hinblick auf eine allfällig wieder zu bewältigende Pandemie im Kanton Graubünden.

Aus der Sicht der Gesundheit unserer Bevölkerung müssen wir Stand heute sagen, dass wir wahrscheinlich noch Glück gehabt haben. Wir mussten zwar 830 positiv getestete Personen und leider auch 50 verstorbene Personen verzeichnen, aber, wenn wir bedenken, was im unmittelbar an im Süden angrenzenden Land für Ausbrüche und auch für Folgen zu verzeichnen waren und wie nahe das an unseren Kanton war, haben wir die Krise gesund-

heitlich gut gemeistert. Dies ist sicher auch der Disziplin der Bündner Bevölkerung zu verdanken, welche sich, obwohl wir ja nie einen richtigen Lockdown hatten, sehr gut an die Empfehlungen des Bundesrats gehalten hat. Und es ist auch ein Kompliment an die Regierung und insbesondere auch an die Gemeinden zu machen, die, obwohl viele Massnahmen auf den ersten Blick nicht verständlich waren, die Beschlüsse zugunsten der Gesundheit unserer Bevölkerung rigoros umgesetzt haben. Was in Ländern passiert, in welchen das Virus auf die leichte Schulter genommen wird, wissen wir alle. Nun, die gesundheitliche Krise im Kanton ist hoffentlich und für den Moment vorbei, auch wenn wir uns vielleicht nicht zu früh freuen sollten, die wirtschaftlichen Folgen aber werden bleiben, und sie sind heute noch nicht im Detail absehbar. Wir hoffen zwar, dass in der Tourismusbranche, die ja in der Zwischensaison getroffen wurde, es wieder aufwärtsgeht. Welche Folgen aber für andere Betriebe und notabene für exportorientierte Unternehmungen resultieren werden, wissen wir noch nicht, und das hängt ja auch nicht nur von uns ab.

Ich habe bereits erwähnt, die finanzielle Lage des Kantons ist mit dem Rechnungsabschluss 2019 als gut zu bezeichnen. Wir haben erneut einen Ertragsüberschuss zu verzeichnen, und der Kanton verfügt ja per Ende 2019 über ein ordentliches Eigenkapital. Zu verdanken ist dies der umsichtigen Finanzpolitik des Kantons und den verantwortlichen Regierungsräten, die über Jahre allen Versuchen, die Kantonsfinanzen zu verschlechtern, widerstanden haben, und die mit dem System, wie wir es haben, dafür gesorgt haben, dass die Finanzen im Lot sind. Somit wissen wir, dass der Kanton in der Ausgangslage für die kommende Zeit eigentlich gut gerüstet ist. Nicht auszudenken ist was wäre, wenn der Kanton die Finanzlage hätte, wie er sie vor 20 Jahren gehabt hatte. Da wir aber nicht wissen, wie lange sich die Krise noch hinziehen wird, wäre es fehl am Platz, wenn wir uns ungehemmt aus der noch vollen Kasse bedienen würden. Allein die Kosten, welche mit den COVID-19 Notverordnungen ausgelöst wurden, ich denke an die Solidarbürgschaften über 80 Millionen Franken, an die Auszahlung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Ertragsausfällen in Spitalbetrieben, über 72 Millionen Franken resultieren, zeigen auf, dass sich derartige Massnahmen leicht in schwindelerregenden Höhen bewegen und auch nicht beliebig wiederholbar sind.

Die CVP-Fraktion unterstützt aber sämtliche COVID-19 Notverordnungen, welche die Regierung dem Grossen Rat unterbreitet hat. Die Regierung hat unseres Erachtens in allen diesen Bereichen richtig reagiert, und sie hat auch noch einen Härtefallfond geschaffen, mit welchem wirtschaftliche Härtefälle ebenfalls kompensiert werden können. Fragen hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen dieser Notverordnungen dürfen aber selbstverständlich gestellt werden. Angesichts nur mässig vorhandener Finanzen und der noch nicht absehbaren Folgen des Coronavirus für die Bündner Wirtschaft, klar ist der Tourismus sofort betroffen, aber wir wissen ja eben ja nicht, was mit dem derzeit noch gut laufenden Gewerbe sich verhalten wird, wäre es aber nicht der richtige Zeitpunkt, jetzt mit der grossen Kelle anzurichten und Gelder ungebremst im Giesskannen-Prinzip und auf Kosten der

Steuerzahler zu verteilen. Nach Auffassung der CVP ist es intelligenter, dort anzusetzen, wo es wenig kostet und doch effizient ist. Beispielsweise wäre es einmal mehr die Gelegenheit, dem Bürokratieabbau nachzugehen, die Innovation zu fördern und notabene dem Kanton den unfreiwillig begonnenen Digitalisierungsschub weiterhin fortsetzen zu lassen. Und notabene müssen wir auch schauen, dass Unternehmen, die investieren wollen, dies auch können und ihnen beispielsweise auch über die Banken der Zugang zu Geldern nicht unnötig erschwert wird. Und der Kanton kann auch dahingehend mithelfen, dass die ohnehin zu leistenden Investitionsprojekte rasch realisiert werden und vorgezogene Unterhaltsarbeiten bei kantonalen Liegenschaften beispielsweise, gemacht werden. Und ganz wichtig erscheinen mir die Fortschritte der Digitalisierung bei der Bildung. Zwar schien mir als Familienvater die erzwungene Digitalisierung auf der Volksschulstufe noch als gelungen, bei der Berufsbildung scheint indessen, was mir zugetragen wurde, ein etwas grösserer Nachholbedarf zu bestehen.

Aufzuarbeiten gilt es aber jetzt schon zwei Positionen, zum einen sind aufgrund der Erfahrungen, die im Rahmen der Bewältigung der Pandemie aufgetretenen Mängel schnellstmöglich aufzuarbeiten, die, einige Vorvotanten haben bereits darauf hingewiesen, wir wissen ja nicht, ob und wann wir wieder so eine ausserordentliche Lage zu bewältigen haben, und zum andern hat sich gezeigt, dass auch staatspolitischer Nachholbedarf besteht. So hat die Regierung über Notverordnungen gehandelt. Es hat sich dabei gezeigt, dass der Einbezug der Legislative nur mässig hat erfolgen können, obwohl die technischen Voraussetzungen ohne Weiteres bestanden hätten. Ebenso scheint die Zusammenarbeit mit den Gemeinden ausbaufähig. Dazu, und insbesondere zur Handlungsfähigkeit des Grossen Rates, wird die CVP einen Fraktionsauftrag einreichen. Abschliessend möchte ich all denjenigen danken, welche diese Krise mit grossem Einsatz bewältigt haben und auch dafür gesorgt haben, dass immer eine gewisse Normalität noch gelebt werden konnte.

Namentlich möchte ich nebst der Regierung den Mitarbeitenden der Verwaltung, dem kantonalen Führungstab, den Gemeindeführungsstäben, den Beschäftigten im Gesundheitswesen und den vielen Beschäftigten, welche im Alltag die Versorgung sichergestellt haben und mit dem Kontakt mit der Bevölkerung sich durchaus auch gewissen Risiken ausgesetzt haben. Ich nenne Chauffeure, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lebensmittelläden und viele weitere, die man nicht alle namentlich erwähnen kann. Und als Präsident des Bündner Kantonspolizeiverbandes ist es mir auch ein Anliegen, den Polizeikräften für ihre Arbeit in dieser nicht immer einfachen Zeit zu danken, in welcher die Durchsetzung des Notrechts an der Front auch nicht immer verstanden wurde und welche auch nicht immer einfache Situationen zu bewältigen hatten.

Horner: Ich erlaube mir, auch dort zu beginnen, wo alle Voten heute wohl beginnen müssen: Tod, Trauer und Krankheit grassieren überall auf der Welt. Wir alle erleben dunkle Zeiten, und die Geschichte zwang uns in den letzten Monaten eine bittere Erkenntnis auf. Es ist eben

ein Fluch, in interessanten Zeiten zu leben. In dieser Situation wünsche ich zuerst allen Kranken in der Schweiz, in Graubünden und auf der Welt gute Besserung. Wir hoffen, dass Sie wieder gesund werden, und ich möchte mein Mitgefühl mit den Angehörigen und Familien der Verstorbenen zum Ausdruck bringen. Und wie das Kollegin Baselgia und Kollege Wilhelm taten, bedanke ich mich bei jenen, die sich selbst einem grossen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt haben, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten: Pflegefachleute, Ärztinnen/Ärzte, Polizistinnen/Polizisten, Beamte, Verkäuferin und Verkäufer, um nur einige zu nennen. Sie alle sind Kümmerinnen, sie alle stellten ihre persönlichen Interessen hinten an. Dafür schulden wir als Parlament ihnen Bewunderung und wir schulden Dank, und vor allem, es wurde bereits erwähnt, wir schulden ihnen endlich bessere Arbeitsbedingungen. Es wäre schlicht ein Skandal, wenn wir ihre Löhne, beispielsweise beim Pflegefachpersonal, nicht endlich erhöhen würden.

Ich möchte im Folgenden drei Lehren aus der Krise ziehen und drei Punkte stark machen. Erstens: Wirtschaft und Gesundheit, Kollege Pfäffli hat es erwähnt, sind keine Gegensätze, und wer das in politischen Kampagnen suggeriert, der schadet beidem. Wirtschaftlich stellt uns die Pandemie vor enorme Herausforderungen. Um sie zu lösen brauchen wir einen unternehmerischen, kreativen und starken Staat. Das ist die zweite Lehre. Und schliesslich, als dritte Lehre, zwingt uns die COVID-Pandemie zu zwei übergeordneten Paradigmenwechsel, die endlich fällig sind, doch dazu später mehr. Zum ersten Punkt: In den vergangenen Wochen war immer wieder zu hören, dass Gesundheits- oder Schutzmassnahmen der Wirtschaft schaden.

Die grösste Partei des Landes, hier im Saal eher eine kleinere Partei, fuhr sogar eine teure Inseratekampagne mit dieser Botschaft, und lassen Sie mich eins hier unmissverständlich festhalten: Das ist grundfalsch, denn richtig ist das Gegenteil. Denn der Wirtschaft wird es genau dann wieder besser gehen, wenn das Virus nicht mehr da ist, und genau dafür sind die Gesundheits- und Schutzmassnahmen da. Wer etwas anderes behauptet, hält implizit an der Prämisse fest, dass kranke oder ängstliche Menschen Arbeitsplätze schaffen, Ferien machen oder Produkte kaufen. Mit Verlaub, das ist ökonomischer Unsinn. Wirtschaft und Gesundheit gehen Hand in Hand, darum sind die ergriffenen Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft so richtig und wichtig und wurden und werden von der SP-Fraktion begrüsst. Sie geben uns Luft zum Atmen. Mit den Massnahmen kaufen wir Zeit, um die Pandemie mit Schutz- und Gesundheitsmassnahmen zu bekämpfen.

Das bringt mich zum zweiten Punkt. Dank den Schutzmassnahmen haben wir immerhin die Sommersaison im Bündner Tourismus gerettet, Stand heute, und das ist sehr erfreulich. Doch das vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass wir vor der grössten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg stehen. Die Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind dramatisch. Hier einfach, damit Sie die Grössenordnung sehen: Der internationale Währungsfond geht in seiner Prognose vom April davon aus, dass das Welt-BIP um 3,1 Prozent schrumpfen wird, im besten Fall. Zum Vergleich: Bei der Finanzkrise 2009

schrumpfte das Welt-BIP um 0,1 Prozent. Eine Krise dieses Ausmasses verlangt nach einem starken und unternehmerischen Staat, und eine Krise dieses Ausmasses verlangt danach, dass wir alle uns lieb gewonnene Glaubenssätze über Bord werfen und lernen müssen, kreative Konjunkturpakete rasch und entschlossen auf den Weg zu bringen, um Kaufkraft und Investitionen zu stärken. Und ein gutes Konjunkturpaket ist immer eines, das zukünftige Herausforderungen angeht, Digitalisierung, aber vor allem auch der Klimawandel, sind hier die Stichworte. Nur eine Wirtschaft, die unsere physischen Lebensgrundlagen schützt, ist eine Wirtschaft, die auch übermorgen noch prosperieren wird. Konkret liegen die kurzfristigen Massnahmen auf der Hand: energetische Sanierungen, Abwrackprämien für Öl-Heizungen, erneuerbare Energien und Modernisierung des Verkehrs. All das schafft Arbeitsplätze und Umsatz beim lokalen Gewerbe und kompensiert so die absehbaren Verluste im Exportsektor. Und natürlich müssen wir als Graubünden, als Tourismuskanton, auch Massnahmen für unseren Exportsektor, eben den Tourismus, ergreifen. Es ist darum sehr erfreulich, dass Regierungsrat Caduff diese bereits in Aussicht gestellt hat.

Aber all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, all das ist das Normalprogramm, wenn wir uns mit einer Rezession konfrontiert sehen. Treten die düsteren Prognosen des Weltwährungsfonds tatsächlich ein, werden wir alle noch viel mehr tun müssen, und wir werden alle noch viel mehr Glaubenssätze über Bord werfen müssen. Immerhin sind wir in Graubünden in der guten Lage, dass wir all das ohne die geringsten Probleme finanzieren können. Graubünden hat keinerlei Schulden. Wir haben ein enormes Eigenkapital, und wir haben ein Zinsniveau, das nach Investitionen und Konjunkturpaketen schreit. Das alles ist ein hervorragender Boden, um die ökonomische Herausforderung der COVID-19-Pandemie zu bewältigen. Und noch etwas Anderes darf Anlass zur Hoffnung geben: Die EU, sie wird ein enormes Investitionsprogramm auf den Weg bringen. Sie dürfen sich zu Recht fragen, was uns als Grosser Rat das jetzt hier angeht, in einer globalisierten Welt eben sehr viel. Nur, wenn unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Jobs behalten und ihre Löhne garantiert sind, können sie bei uns Ferien machen und unserem Exportsektor, dem Tourismus, neue Einnahmen bringen. In diesem Sinne schulden wir alle dem liberalen Macron und der konservativen Merkel unseren Dank, und im Gegensatz zu Kollege Hug haben sie Glaubenssätze über Bord geworfen für die gute Sache.

Zum dritten Punkt: Hoffnungsvoll darf uns auch stimmen, dass die Coronakrise zwei längst fällige Paradigmenwechsel mit sich bringt. Der Erste ist die Abkehr vom Marktradikalismus oder vom Neoliberalismus, Deregulierung, Staatsabbau, Sparprogramme, all diese Konzepte haben die besten Jahre zum Glück hinter sich. Sie wirken wie von einem anderen Stern. Ein Beispiel das Dogma, dass Löhne und Verantwortung korrelieren, denken Sie an den Lohn eines Bank-CEOs und stellen Sie ihm eine Krankenpflegerin gegenüber, dann sehen Sie, wie lachhaft diese Dogmen einst waren und wie überflüssig sie jetzt sind. Die zukünftige Wirtschaftspolitik wird das stärken, was uns durch diese Krise gebracht

hat. Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit, wir brauchen gerechtere Steuern, wir brauchen gute und höhere Löhne und wir brauchen starke demokratische Institutionen. Der zweite Paradigmenwechsel, das alles ist mehr eine Entlarvung. Der Rechtspopulismus und vor allem die mit ihm einhergehende Wissenschaftsfeindlichkeit wurden durch die Pandemie blossgestellt, und diese Entlarvung ist tragisch. Ob in Brasilien, den USA oder Grossbritannien, und in meinem Fall, muss ich auch sagen, das gilt auch für die sozialdemokratische Regierung in Schweden.

In all diesen Ländern ignorierten Regierungschefs die Empfehlungen der Wissenschaft, machten sich im schlimmsten Falle darüber lustig, und den Preis zahlen nun die Menschen, die unnötigerweise leiden und teilweise unnötigerweise sterben. Wir alle sind in Zukunft sehr gut beraten, wenn wir der Wissenschaftsfeindlichkeit und dem Antiintellektualismus entschieden entgegenreten. Und schliesslich, das als Abschluss, ist der Isolationismus, das Abschottertum, am Ende. Gerade wir als Tourismuskanton müssen eine Lehre aus dieser Krise ziehen: Die Zukunft gehört der Offenheit, die Krise ist global, alleine werden wir sie nicht kontrollieren und nicht lösen. Nun noch ein Abschluss. Kollege Pfäffli hat die SP und die Armee angesprochen.

Standespräsident Della Vedova: Grossrat Horrer, ich bitte Sie wirklich, zum Schluss zu kommen. Sie haben schon länger als zehn Minuten gesprochen.

Horrer: Jetzt wäre ich gerade richtig in Fahrt gekommen, und jetzt wollen Sie mich abbrechen, aber gut. Wir, Kollege Pfäffli, wir klären die Debatte später. Wir müssen auch hier nicht Armeefragen klären. Ich sehe, Kollege Hug hat den Kopf geschüttelt während meines Votums. Das spricht für das Votum, und ich freue mich, Sie alle wiederzusehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Michael (Castasegna): Mi permetto solo un breve intervento per portare alcune piccole testimonianze. Io sono presidente della commissione d'amministrazione del Centro sanitario Bregaglia e ho vissuto relativamente da vicino l'evolversi e l'evoluzione delle problematiche legate alla pandemia del coronavirus. Abito inoltre in un territorio di confine, praticamente in un paese di frontiera, Castasegna, che ha vissuto dei profondi cambiamenti in questi ultimi mesi, in queste ultime settimane, legati alla chiusura parziale della frontiera, legati alle misure particolari che da molto, molto tempo non si conoscevano e non si vedevano nel nostro territorio. Io mi associo, senza entrare nei dettagli, al ringraziamento che è stato fatto ai vari gruppi professionali, alle varie persone che hanno agito in questo difficile periodo, ma in particolare vorrei sottolineare un aspetto che secondo me è stato centrale in questa fase e lo dico soprattutto anche guardando oltre i confini del nostro Cantone, oltre i confini della nostra nazione, un grande grazie e un merito a chi in questa fase ha portato delle grosse responsabilità. Penso in particolare al nostro Governo, ma anche al Governo nazionale, che ha saputo mantenere la mente fredda in una fase di grande presenza di irrazionalità, di difficoltà a capire la situazione, ma anche di grandi

paure. Quindi noi abbiamo bisogno di un Governo, abbiamo bisogno di un Governo cantonale, nazionale, che sia in grado di affrontare con serenità, con razionalità situazioni di questo genere. Abbiamo visto in questa fase che il nostro sistema sanitario funziona, che il nostro sistema sanitario ha un'ottima qualità, che esistono delle competenze importanti e che disponiamo di infrastrutture adatte a poter affrontare un problema di questo genere. Credo che questo sia un messaggio importante da dare, ma significa anche che questo sistema sanitario deve essere tenuto in considerazione e non deve subire continuamente dei cambiamenti, delle riduzioni, delle riforme che vanno soprattutto a rafforzare l'efficienza economica ma a ridurre la presenza sul territorio. Il Cantone dei Grigioni ha seguito una strategia in questi anni, questa strategia credo che sia a tutti gli effetti vincente. Da abitante di una regione di frontiera, e quindi di un villaggio di frontiera, vorrei però anche portare in questo locale, quindi durante questa sessione, brevemente la testimonianza di chi ha vissuto situazioni anche relativamente complesse e difficili. Di come, chi vive da un lato o dall'altro della frontiera affrontano, capiscono, si trovano a dover confrontarsi con le problematiche, rispettivamente con le soluzioni. Quindi chi ha vissuto nelle zone di frontiera, soprattutto con l'Italia, si è reso conto che dall'Italia arrivava una pressione enorme nei nostri confronti. Una pressione enorme soprattutto anche nei confronti di chi quotidianamente dall'Italia veniva in svizzera a lavorare, soprattutto anche nel settore sanitario, dove delle regole che venivano applicate erano diverse, e sottolineo diverse, diverso non significa peggiore, diverso significa diverso in quanto chi gestiva la situazione ha ritenuto che le regole d'applicare nella nostra situazione fossero le migliori. Quindi dobbiamo renderci conto di questo. Al confine con l'Italia questa percezione diversa, questa incomprendione anche della diversità d'applicazione delle regole ha portato ad interventi di carattere politico, secondo me poco sensati, però sicuramente portati anche dal panico e dalla paura. Interventi da parte dei comuni della vicina Italia indirizzati al Cantone dei Grigioni che hanno in realtà anche destabilizzato e creato ancora maggiore difficoltà alle persone che venivano da noi. Questo significa che la comunicazione nelle regioni di lingua italiana, la comunicazione soprattutto oltre le regioni, oltre i territori di lingua italiana, quindi oltre la frontiera, andava affrontata forse anticipando un po' i tempi. Il Governo ha capito la situazione, il Governo è intervenuto, si è nel momento più difficile cercato anche di attivare dei contatti. Credo che questo serva però da insegnamento per un'eventuale situazione futura.

Vorrei concludere parlando di un aspetto che secondo me è stato centrale, anche in questa fase o in questo periodo ed è l'importanza della coesione, l'importanza della fiducia nei confronti dell'autorità, l'importanza della "Zusammenhalt" all'interno dei territori, all'interno in questo caso del nostro Cantone. La coesione è fondamentale per affrontare situazioni del genere, laddove ci sono state situazioni contrarie nelle quali non si è cercato di condividere, di comprendere, di andare sulla stessa strada, ci sono state anche situazioni difficili che non hanno aiutato a trovare delle soluzioni migliori. Chiudo

parlando dell'effetto d'apprendimento. Io credo che questo periodo sia stato per tutti noi un momento nel quale abbiamo imparato molto. Ciò che abbiamo imparato dobbiamo tenerlo stretto e dobbiamo tenerlo stretto da poterlo applicare anche in futuro, evitando di fare degli errori che forse sono stati fatti ma anche prendendo gli aspetti positivi e portandoli avanti per poter affrontare le prossime crisi, e sappiamo anche che ce ne saranno probabilmente anche in futuro, nel migliore dei modi.

Zanetti (Sent): Cun radschun vaina dudi hoz bler lod, ingraziament ed arcugnuschentscha envers quellas persunas ed instituziuns chi han pussibilità üna tscherta normalità a no tuots, e no eschan cun noss impissaimaints eir pro quellas persunas chi patischan da la situaziun chaschunada da la pandemia. Quai vain da cour, e perquai in mia lingua materna. Nossa regenza ha dat üna invista da las masüras trattas dürant ils ultims mais e dat ün sguard i'l avegnir ed eu n'ha tadlà attentamaing a lur explicaziuns. Cussegliers guvernativs Cavigelli e Caduff han manzunà cuortamaing la lavur cuorta. Eu am permet da far la dumonda, co chi'd es la situaziun areguard l'indemnisaziun da la lavur cuorta pro ospitals ed otras intrapraisas i'l sectur da servezzan public. Persunalmaing suna da l'avis chi nu das-cha esser cha la Confederaziun scumonda dad üna vart per exaimpel da far operaziuns planisablas e nun es da l'otra vart pronta da's participar vi da las consequenzas finanzialas da talas decisiuns e fa sur il SECO dafatta recuors cunter decisiuns da surtour indemnisaziuns da la lavur cuorta.

Regierungsrat Cavigelli und Regierungsrat Caduff haben kurz, sehr kurz, die Kurzarbeit gestreift. Ich möchte eine kurze Frage stellen und von der Regierung gerne wissen, wie der Stand in Bezug auf die Entschädigung von Kurzarbeit für Spitäler und andere Unternehmen im Bereich des Service public ist. Persönlich erachte ich es als stossend, dass der Bund beispielsweise den Spitälern untersagt hat, elektive Eingriffe vorzunehmen, aber nicht bereit ist, sich an den daraus resultierenden Kosten zu beteiligen, sprich, auch für diese Betriebe Kurzarbeitsentschädigungen zu entrichten.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen, bevor das Wort der Regierung für die Beantwortung der Fragen erteile? Grossrat Gasser, Sie haben das Wort.

Gasser: Erlauben Sie mir ganz kurz noch zu einem Votum. Dem Dank und den teils kritischen Situationsanalysen, die gemacht wurden, habe ich nichts beizufügen und kann mich da voll identifizieren. Es ist schön und erfreulich, wie wir aus dieser noch bestehenden Krise lernen wollen und sicher auch können. Es wurde von der Regierung gesagt, und ich denke, das müssen wir sehr ernst nehmen, es ist noch nicht vorbei. Wir hoffen alle gemeinsam auf einen Impfstoff, welcher das Coronavirus endgültig besiegt, aber vergessen wir nicht, durch einen Impfstoss lässt sich die andere schon Jahre dahinschleichende Katastrophe auch in den nächsten Jahrzehnten nicht besiegen, wenn wir weiter zuwarten. Es ist die Klimakatastrophe. Es geht dabei um Menschenleben auf der ganzen Welt, und wir haben die Verantwortung für

diesen Planeten. Lernen wir aus dem, was das Coronavirus an die Oberfläche gebracht hat. So weiter, wie bis jetzt, quasi Politik «as usual» darf es nicht sein. Suchen wir alle im privaten, im geschäftlichen, im politischen Leben nach Lösungen, denn diese Lösungen gibt es. Wir können uns an sie anfreunden. Ich rufe Sie alle auf: Haben Sie Mut zu Change, zum Vorteil von allen, jetzt und in der Zukunft.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Die erste Frage wurde von Grossrätin Baselgia gestellt und ist an Regierungsrat Parolini gerichtet. Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Parolini: Grossrätin Baselgia hat eine Frage gestellt bezüglich dem Medienbericht, der im Zusammenhang mit dem Auftrag Atanes in Aussicht gestellt wurde. Dieser Auftrag wurde bekanntlich während der Amtszeit meines Vorgängers überwiesen und die Antwort könnte ich Ihnen jetzt kurz sagen. Aber wir haben auch eine Frage in der Fragestunde im Zusammenhang mit COVID-19, vermutlich nicht mehr heute Abend, aber dann ganz bestimmt morgen früh, und Ihr Fraktionskollege Conradin Caviezel hat genau die gleiche Frage gestellt. Aus Effizienzgründen schlage ich vor, dass ich die Antwort während der Fragestunde gebe.

Standespräsident Della Vedova: La seconda domanda è stata posta dal granconsigliere Papa ed è rivolta al Consigliere di Stato Peyer.

Regierungsrat Peyer: Vielen Dank für das Lob, das Sie ausgesprochen haben, aber auch Dank für die Kritik, insbesondere dort, wo sie konstruktiv war, und sie ist in weiten Teilen konstruktiv. Wir werden das sicher aufnehmen und in den Nachbearbeitungsprozessen, die wir jetzt aufgleisen, auch zu berücksichtigen haben. Zu den Ausführungen, die Granconsigliera Noi gemacht hat, nehme ich jetzt keine Stellung. Dieselben Fragen und Problematiken kommen nochmals in der Fragestunde. Ich werde dort ausführlich darauf eingehen. Zu den Fragen, die Grossrat Papa gestellt hat, in aller Kürze, weil ein Teil davon auch nochmals in den Fragestunden aufgenommen wird. Der Mangel an regelmässigen Informationen in italienischer Sprache, das stimmt, das war am Anfang ein Problem. Wir haben dann versucht, das zu korrigieren. Ich weise aber darauf hin, dass wir von Anfang an eine spezielle Seite auf der Webseite aufgeschaltet haben, wo immer alles in drei Sprachen gebracht wurde, auch die häufigen Fragen, die eingetroffen sind, auch die Massnahmen, die wir ergriffen haben usw. Die Auswertungen der Webseite zeigen auch, dass diese Webseite sehr oft besucht wurde, dass die Zunahme der Klicks eindrücklich war, und sowohl auf der deutschsprachigen Webseite als auch auf der italienischsprachigen. Auf der romanischen Webseite etwas weniger, das ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, dass die romanischsprachigen Gebiete im Kanton praktisch alle Leute halt auch sehr gut Deutsch sprechen und wahrscheinlich sich auch auf der deutschsprachigen Seite bedient haben. Weiter möchte ich hier auch schon darauf aufmerksam machen, dass wir auch mit RSI das Ge-

sprach suchen mussten, zu Beginn vor allem, weil RSI ja den Auftrag hat, aus dem italienischsprachigen Teil der Schweiz zu berichten, und da gehört nun mal auch Graubünden mit dazu. Es geht nicht an, dass zwar tatsächlich aus dem Tessin sehr oft und täglich berichtet wurde, Italienischbünden aber vergessen wurde. Das hat aber auch schnell gebessert, und wir hatten dann z.B. auch diese regelmässige Sendung mit der Kantonsärztin Marina Jamnicki, die im Übrigen auch sehr gut Italienisch spricht und die dann das auch sehr gut gemacht hat. Und es ist tatsächlich so, wie Grossrat Papa richtig festgestellt hat, man glaubt in diesen Situationen dann eben diesen Leuten mehr als den Politikerinnen und Politikern. So viel vielleicht für den Moment zum Thema Information. Ich komme dann nochmals darauf zurück in der Fragestunde.

Noch eine Bemerkung, die Frage, ob man in den Institutionen, insbesondere auch in den Alters- und Pflegeheimen mehr Tests hätte machen sollen und wie das Schutzmaterial verteilt war. Die Tests sind leider nicht vorhanden. Wir haben geprüft, ob wir mehr Tests machen können, auch, ob wir serienmässig Tests machen sollen, aber man muss sagen, es gibt den zuverlässigen Test leider noch nicht, weder den zuverlässigen Test, wenn Sie unmittelbar erkrankt sind, noch den zuverlässigen Antikörpertest, wenn Sie vielleicht die Krankheit hatten und im Nachhinein feststellen möchten, ob Sie sie tatsächlich hatten. In beiden Fällen ist die Fehlerquote bisher leider sehr hoch. Schutzmaterial, auch da gab es Kritik, die ist mindestens teilweise auch berechtigt. Wir müssen aber darauf hinweisen, dass die genügende Beschaffung von Schutzmaterial an sich Sache der Institutionen selbst ist. Das ist aber ein Punkt, der jetzt in der Nachbearbeitung speziell zu beachten ist. Was wir sagen können ist, dass der Bund veranlasst hat, dass das Gesundheitswesen jetzt auch mit Blick auf eine allfällige zweite Welle für 40 Tage mit Schutzmaterial ausgerüstet sein muss, und das werden wir selbstverständlich auch im Kanton Graubünden entsprechend umsetzen.

Standespräsident Della Vedova: Die dritte Frage wurde von Grossrätin Zanetti (Sent) gestellt. Sie ist an Regierungsrat Caduff gerichtet. Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Caduff: Ja, ich gehe gern auf die Frage zur Kurzarbeitsentschädigung an öffentlich-rechtliche Arbeitgeber ein. Das ist eine Frage, die uns seit einigen Wochen intensiv beschäftigt. Die Diskussion, ob öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern Kurzarbeitsentschädigung ausgerichtet werden kann, hat sich insbesondere wegen den relativ zahlreichen Gesuchen von Spitälern ergeben, aber nicht nur Spitäler, es war z.B. auch die PDGR, das waren RhB usw., also andere öffentlich-rechtliche Institutionen, welche Kurzarbeit beantragt haben. Aufgrund der privatrechtlichen Organisationsform verschiedener Spitäler im Kanton Graubünden haben wir uns, hat das kantonale KIGA sich zunächst auf den Standpunkt gestellt, im Zweifelsfalle sei auch diesen Spitälern Kurzarbeitsentschädigung auszurichten. Gemäss Art. 102 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist das SECO jedoch berechtigt, gegen Entscheide der kantonalen Amtsstelle Einsprache zu erheben und bewilligte Kurzarbeitsgesu-

che erstinstanzlich vom kantonalen Verwaltungsgericht und zweitinstanzlich vom eidgenössischen Versicherungsgericht überprüfen zu lassen.

Zu Beginn des Corona-Lockdowns, als diesbezüglich klare Weisungen des SECO fehlten, hat das KIGA im Rahmen des Voranmeldeverfahrens mehreren Dutzend Gemeinwesen und öffentlich-rechtliche Organisationen die Bewilligung zur Ausrichtung von Kurzarbeit erteilt. Diese Gesuche und auch die entsprechenden Bewilligungen wurden jeweils im gesamtschweizerisch vernetzten System registriert, das SECO überprüfte die Bewilligungen und hat gegen zirka 30 Verfügungen des kantonalen KIGA Einsprache erhoben. Was heisst das nun, wenn das SECO Einsprache erhebt? Sollte das KIGA, also unser kantonales Amt, weisungswidrig Kurzarbeitsentschädigung an öffentlich-rechtliche Arbeitgeber ausrichten, müsste es angesichts des Kenntnisstandes, eben, dass das SECO Einsprache erhoben hat zu dieser Fragestellung, Vorsatz vorwerfen lassen, was nichts anderes heisst, als, eine Trägerhaftung würde dann erfolgen. Also mit anderen Worten: Diese Gelder, diese Kurzarbeitsentschädigung, die ausbezahlt worden wäre, müsste der Kanton dann der Arbeitslosenversicherung zurückerstaten.

Also der Kanton zahlt dann so oder so die entsprechende Summe. Vielleicht, warum stellt sich, oder ich muss es anders sagen, auch innerhalb des Bundes ist hier die Haltung nicht klar, oder vielleicht habt ihr gehört, dass Simonetta Sommaruga die ÖV-Betriebe aufgerufen hat, Kurzarbeitsentschädigung zu beantragen. Dies wurde dann vom SECO sehr stark kritisiert. Es gibt hier vielleicht noch einen kleinen Hoffnungsschimmer, dass man hier eine politische Lösung findet, aber rechtlich ist es an und für sich klar und das SECO stellt sich hier ganz klar auf den Standpunkt, dass diese öffentlich-rechtlichen Institutionen keinen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung haben.

Entscheidungskriterium, ob Kurzarbeitsentschädigung ausgerichtet werden kann oder nicht, ist folgendes: Sinn und Zweck von Kurzarbeitsentschädigung ist die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Betrieben. Eine wesentliche Anspruchsvoraussetzung ist, dass ein Arbeitsplatzverlust droht, und genau dies wird in Abrede gestellt oder viele öffentlich-rechtliche Arbeitgeber tragen kein Betriebs- und Konkursrisiko, weil sie die ihnen vom Gesetz übertragenen Aufgaben unabhängig von der wirtschaftlichen Lage wahrzunehmen haben. Also Mehraufwendungen oder gar Verluste würden dann so oder so aus öffentlichen Mitteln gedeckt und daher stellt sich das SECO auf den Standpunkt, dass diese öffentlich-rechtlichen Institutionen keinen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung haben.

Standespräsident Della Vedova: Grossrätin Zanetti, sind Sie mit der Antwort der Regierung zufrieden?

Zanetti (Sent): Es würde Sie erstaunen, wenn ich jetzt mit dem Inhalt zufrieden wäre, mit der Antwort natürlich schon. Ich frage mich aber schon, was dann passiert, wenn eine private Klinik Kurzarbeitsentschädigung einfordert und ein öffentlich-rechtliches Spital das nicht

kann. Also da habe ich jetzt mehr Fragen als Antworten erhalten, aber kein Vorwurf an Sie, Herr Regierungsrat.

Standespräsident Della Vedova: Herr Regierungsrat, wünschen Sie nochmal das Wort? Dies ist nicht der Fall. Wenn ich mich nicht täusche, sind keine weiteren Fragen eingegangen. Gehe ich richtig in dieser Annahme? Gibt es sonst Wortmeldungen? Möchte jemand von der Regierung das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit haben wir die erste Runde zum Thema Coronavirus erledigt.

Genehmigung Notverordnungen COVID-19 (separate Berichte)

Standespräsident Della Vedova: Wir kommen nun zur Genehmigung der Notverordnungen zum Thema COVID-19. Die erste Notverordnung hat zum Thema die Beschlussfähigkeit der Regierung in besonderen und ausserordentlichen Lagen. Wir beginnen wie üblich mit der Eintretensdebatte. Dieses Geschäft wurde von der KSS vorberaten. Geführt wird die Diskussion durch den Kommissionspräsidenten Grossrat Claus. Für die Regierung spricht Regierungspräsident Dr. Christian Rathgeb. Grossrat Claus, Sie haben das Wort.

COVID-19: Beschluss betreffend Beschlussfähigkeit der Regierung in besonderen und ausserordentlichen Lagen (Regierungsbeschluss vom 20. März 2020, Protokoll Nr. 233)

Eintreten

Antrag KSS und Regierung
Eintreten

Claus; Kommissionspräsident: Die KSS hat am 8. Mai 2020 dieses Geschäft vorberaten. Da es sich um eine regierungsrätliche Notverordnung handelt, wird auch die Regierung in kurzen Worten diesen Beschluss vorstellen. Die KSS hat hier beschlossen, dieser Beschluss ist nicht bestritten, und wir haben hier beschlossen, mit wenigen Anpassungen, diesen zu genehmigen. Zur Einleitung übergebe ich das Wort dem Regierungspräsidenten.

Standespräsident Della Vedova: Das Wort ist offen zum Eintreten für weitere Mitglieder der Kommission. Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Rathgeb: Ich nehme den Auftrag des KSS-Präsidenten entgegen und sage kurz etwas zur Notverordnung. Es ging hier um die Sicherstellung der Beschlussfähigkeit der Regierung in der besonderen und eben vor allem in der ausserordentlichen Lage. Wir beschliessen nur normalerweise in Anwesenheit an ge-

meinsamen Sitzungen, und können in dringenden Fällen Zirkularbeschlüsse fassen. Es gibt noch die Möglichkeit der Präsidialverfügung, wenn ein Geschäft absolut keinen Aufschub erträgt. Wir haben uns aber Gedanken darüber gemacht, was ist, wenn wir, mindestens zu Teilen oder auch die gesamte Regierung, in Quarantäne wäre oder wenn es Krankheitsfälle gibt. Sie haben in anderen Kantonsregierungen gesehen, dass solches dann zu späterer Zeit auch eingetreten ist. Eine Regelung dafür, für die Beschlussfassung, hatten wir nicht. Es gab früher einmal eine Regelung, die 2005 von Ihnen dann wegen der geringen praktischen Relevanz aufgehoben wurde. Daran haben wir uns orientiert, haben, gestützt auf Art. 48 der Kantonsverfassung, gestützt auf Notrecht, uns entsprechende Möglichkeiten mit dieser Verordnung geschaffen: Dass wir Zirkularbeschlüsse fassen konnten auch in nicht dringenden Fällen, und dass wir auch via Telefon- oder Videokonferenzen Regierungssitzungen haben abhalten können mit entsprechender Beschlussfassung. Und für den Fall, dass drei oder mehr Regierungsmitglieder für längere Zeit ausgefallen wären oder nicht mehr hätten an der Beschlussfassung teilnehmen können, hätten wir die Beschlussfähigkeit wiederhergestellt durch Beizug, in dieser Reihenfolge, des Standespräsidenten, dann des Standesvizepräsidenten und dann, bei weiterem Bedarf, durch frühere Standespräsidentinnen oder Standespräsidenten, soweit diese diese noch dem Grossen Rat angehörten, in der Reihenfolge ihres Präsidialjahres rückwärts. Somit hätten wir auch beim Ausfall mehrerer Regierungsmitglieder die Beschlussfähigkeit der Regierung wiederherstellen können.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich stelle fest, dass Eintreten nicht bestritten und somit beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Della Vedova: Wir schreiten zur Detailberatung. Erstens: Erleichterung von Beschlüssen auf dem Zirkulationsweg. Herr Kommissionspräsident.

Detailberatung

Erleichterung von Beschlüssen auf dem Zirkulationsweg: Beschlüsse der Regierung auf dem Zirkulationsweg sind auch in nicht dringenden Fällen möglich.

Antrag KSS und Regierung
Genehmigen

Claus; Kommissionspräsident: Ich habe hierzu keine Bemerkungen und empfehle hier die Annahme.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Ich stelle fest, dass dieser Antrag nicht bestritten und somit beschlossen ist.

Angenommen

Standespräsident Della Vedova: Zweitens: Mitwirkung von handlungsfähigen, aber wegen Quarantäne oder Krankheit an der Teilnahme an Regierungssitzungen verhinderten Regierungsmitgliedern. Herr Kommissionspräsident.

Mitwirkung von handlungsfähigen, aber wegen Quarantäne oder Krankheit an der Teilnahme an Regierungssitzungen verhinderten Regierungsmitgliedern: Die verhinderten Regierungsmitglieder können via Telefon- oder Videokonferenz mitwirken (Beratung und Beschlussfassung).

Antrag KSS und Regierung
Genehmigen

Claus; Kommissionspräsident: Auch hier empfiehlt Ihnen die KSS die Annahme. Es ist eine sinnvolle und moderne Regelung.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Auch hier stelle ich fest, dass dieser Antrag nicht bestritten ist und somit beschlossen.

Angenommen

Standespräsident Della Vedova: Drittens: Ergänzung der Regierung bei Ausfall von drei oder mehr Mitgliedern infolge Ausstand oder anderweitiger längerer Verhinderung. Herr Kommissionspräsident.

Ergänzung der Regierung bei Ausfall von drei oder mehr Mitgliedern infolge Ausstand oder anderweitiger längerer Verhinderung: Die Regierung wird in solchen Fällen ergänzt zunächst durch Standespräsidenten/in, Standesvizepräsidenten/in und bei weiterem Bedarf durch frühere Standespräsidenten/innen, soweit diese noch im Grossen Rat sind, in der Reihenfolge ihres Präsidialjahrs rückwärts.

Antrag KSS und Regierung
Genehmigen

Claus; Kommissionspräsident: Diese Regelung hatten wir im alten Gesetz ebenfalls. Der tiefere Sinn der Regelung erschliesst sich Ihnen dann, wenn Sie versuchen, für diese Regelung eine Alternative zu finden. Das ist nämlich schlicht sehr schwierig und kaum möglich. Es ist richtig, dass wir das so genehmigen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Auch hier stelle ich fest, dass auch dieser Antrag nicht bestritten und somit beschlossen ist.

Angenommen

Standespräsident Della Vedova: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, komme ich zur Abstimmung. Wer diesen Beschluss genehmigen will, möge sich erheben. Elektronik lässt grüssen. Wer diesen Beschluss nicht genehmigen will, möge sich erheben. Enthaltungen? Sie haben den Beschluss der Regierung betreffend Beschlussfähigkeit der Regierung in besonderen und ausserordentlichen Lagen einstimmig genehmigt. Herzlichen Dank.

Abstimmung

Der Grosse Rat genehmigt den Regierungsbeschluss vom 20. März 2020, Protokoll Nr. 233, einstimmig.

Standespräsident Della Vedova: Wir kommen zur zweiten Notverordnung mit dem Titel: Fristenstillstand bei kantonalen Initiativ- und Referendumsbegehren sowie bei Volksbegehren in Gemeinden, Gemeindeverbänden und Regionen. Auch dieses Geschäft wurde von der KSS vorberaten. Kommissionspräsident ist bekanntlich Grossrat Claus. Für die Regierung spricht Regierungspräsident Dr. Christian Rathgeb. Die Verordnung galt nur bis 31.05.2020. Die Genehmigung ist damit hinfällig. Ich gebe trotzdem das Wort dem Kommissionspräsidenten.

COVID-19: Notverordnung der Regierung über den Fristenstillstand bei kantonalen Initiativ- und Referendumsbegehren sowie bei Volksbegehren in Gemeinden, Gemeindeverbänden und Regionen (Regierungsbeschluss vom 31. März 2020, Protokoll Nr. 248)

Claus; Kommissionspräsident: Der Standespräsident hat mir die Pointe vorweggenommen. Diese Verordnung endete am 31. Mai 2020. Wir müssen somit über sie nicht mehr abstimmen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Herr Regierungspräsident? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir haben somit auch die zweite Notverordnung behandelt. Somit sind wir am Schluss der heutigen Debatte angelangt. Ich danke Ihnen für das disziplinierte Mitmachen. Aus meiner Sicht hat es bis jetzt gut funktioniert, nochmals herzlichen Dank dafür. Wir fahren morgen um 8.15 Uhr weiter. Bis morgen und schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 17.55 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Alessandro Della Vedova

Der Protokollführer: Patrick Barandun